

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 16. April 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareillezeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 45.

Das Vereinsgesetz.

Vom 15. Mai dieses Jahres an existiert in Deutschland ein Vereins- und Versammlungsrecht von Reich wegen! Am 14. April 1871 wurde von dem Parlamente des jungen Deutschen Reichs die Reichsverfassung angenommen, die in ihrem Artikel 4 auch die Regelung des Vereinswesens durch das Reich vorieht; jedoch erst am 8. April des Jahres 1908 konnte dieses Ziel, äußerlich betrachtet, als erreicht gelten. Aber was in Deutschland lange währt, braucht deshalb noch nicht gut zu werden. Die Geschichte des Reichsvereinsgesetzes ist ein typisches Beispiel dafür.

Die Frage der Berufsvereine, zu der im Jahre 1906 ein ebenso mißglückter Versuch unternommen wurde wie 1907 mit dem Gesehtentwurf zur Errichtung von Arbeitskammern, blieb ungelöst und die Ausgestaltung bzw. die Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechts gleich völlig ausgeschaltet, obwohl diese beiden Fragen mit dem Vereins- und Versammlungswesen eng zusammenhängen und von gleicher Dringlichkeit sind wie die jetzt höchst unvollkommen und so unbefriedigend verabschiedete. Von Regierungsseite ist die Erledigung dieser beiden Materien in besondern Gesehen verheißen worden; man hat sich entschieden gegen deren Einbeziehung in das Vereinsrecht gewehrt. Ob aber mit der gleichen Energie an diese Aufgaben herangetreten wird, ist nach der mit der Arbeitskammergesetzvorlage gemachten schlimmen Erfahrung wohl recht zweifelhaft. Wobei die Bemerkung eine Notwendigkeit, daß die Reichsregierung sich diesen kompletten Reinsfall selbst zuzuschreiben hat, denn ihr Entwurf ist einfach unmöglich. Von einem Dornenstrauche kann man eben keine Feigen ernten.

Das Reichsvereinsgesetz, das am Tage nach seiner Annahme schon die Sanktion des Bundesrats erhielt, ist keineswegs das Einheitsrecht, von dem in den letzten, überaus erbittert geführten Reichstagsdebatten so vielfach die Rede war. Es ermächtigt in fünf Punkten die Landeszentralbehörde zu Ausnahmen oder zu einer weitherzigeren Anwendung einzelner Bestimmungen. Damit soll in den Bundesstaaten, die sich bis jetzt der Infigurierung durch den preußisch-sächsischen Polizeigeist erwehren konnten, dem Geseze der Stachel genommen werden, während für die übrigen damit eine Gewähr geboten ist, daß die rührende-Fürsorge der um das Staatswohl und die Ruhe aller Wohlgesinnten so bemühten Polizei nicht etwa eine allzugroße Einschränkung erfährt. Der § 16 mit der Aufzählung, welche landesrechtlichen Vorschriften durch das neue Gesetz unberührt bleiben, trägt auch nicht dazu bei, den Glauben an die Schaffung eines wirklichen Einheitsrechtes zu verstärken. Wie die Dinge aber nun leider einmal in Deutschland liegen, ist diese Zweipältigkeit nicht einmal groß zu bedauern, denn die Süddeutschen, deren Landtage sich durchweg gegen die Fassung des Gesetzes erklärten, während ihre Regierungen solidarisch für die Politik Bülow's und Bethmann-Hollweg's eintraten, hätten noch mehr Verschlechterungen in Kauf nehmen müssen, wenn dem Gesetz ein uniformer Charakter gegeben worden wäre. So haben sie in den springenden Punkten wenigstens alle Aussicht, daß die Landesregierung resp. die Landesgesetzgebung nichts an

den bestehenden größeren Freiheiten ändern wird. Und die Regierungen der Bundesstaaten, wo die Polizei bisher nicht auf staatsretterische Allüren hielt, nicht in der kleinsten Handhabung des Vereins- und Versammlungswesens ihre Lebensaufgabe erblickte, sie werden von den in den §§ 3a, 4b und besonders durch den berückichtigten § 7 erteilten Befugnissen gewiß weitgehenden Gebrauch machen, um sich die Verantwortung für ihre Zustimmung zu den von Preußen mit diesem Geseze verfolgten besondern Absichten zu erleichtern. Das Partikularrecht wird also in dem mit allen Tönen gepriesenen „Einheitsrecht“ auf dem Vereins- und Versammlungsgebiet eine gar nicht unbedeutende Rolle spielen. Daß diese nicht noch größer, z. B. nicht auch noch auf den § 10a, den von den Blockparteien auf Geseze der Konservativen hinuntergewirgten, in der Regierungsvorlage gar nicht enthalten gewesenen Jugendlichenparagrafen ausgedehnt werden kann, ist nur zu bedauern. Das neue „Einheitsrecht“ wäre mit dieser weiten Durchführung sicher nicht schlechter geworden.

Die von dem Staatssekretär Bethmann-Hollweg bei der zweiten Lesung wiederholt zugesagte liberale Anwendung und Auslegung des Vereinsgesetzes ist für die Bundesstaaten mit freiheitlicher Tendenz unbedenklich gewährleistet. Seine beruhigenden Erklärungen: bieten jedoch keinerlei Garantie, wie in Preußen, in Sachsen und einigen mitteldeutschen Vaterländern die polizeiliche und auch die gerichtliche Praxis sich mit der neuen Sachlage abfinden wird. Man hat es ja schon so häufig erlebt, daß entgegen dem Sinne des Gesezgebers und ungeachtet der schönsten Versprechungen vom Regierungstische die Behörden mit förmlicher Willkür und raffinierter Interpretationskunst sich neue Geseze zurechtgelegt haben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Als das Sozialistengesetz seinen Stapellauf nehmen sollte, versprachen Bismarck sowohl als Gulerburg die loyalste Handhabung; das Koalitions- und das Streikrecht der Arbeiter sollte keinerlei Beeinträchtigung dadurch erfahren. Einige Wochen nach diesen Erklärungen (Oktober 1878) waren aber schon 207 Fachvereine und 5 Kassen aufgelöst sowie 127 periodische und 278 nichtperiodische Druckschriften verboten. Diese Reminiscenz ist jetzt nach dreißig Jahren nicht unangebracht, wenn auch so eklatant wohl niemals wieder Ministerworte durch den Lauf der Dinge widerlegt werden.

Es ist einmal aus räumlichen Gründen nicht möglich und sodann soll es auch gar nicht der Zweck dieser Ausführungen sein, auf die hüzigen Reichstagsdebatten um das Reichsvereinsgesetz zurückzukommen. In Spannung und Erbitterung standen sie nicht zurück hinter jenen, die 1902 um den Zolltarif geführt wurden. Die politische Konstellation war damals nur insofern eine andre, als die Stelle des jetzt seine Grundsätze erbarmungslos zertretenden und mit allen freiheitlichen Tendenzen endgültig aufräumenden Freisinn's das Zentrum einnahm. Wie diese sich stark aus Arbeiterkreisen zusammensetzende Partei damals den Ausschlag gab für die zugunsten der Landwirtschaft inaugurierte Steuerpolitik, so war es jetzt der noch einen ziemlich enghen Anhang unter den Arbeitern aufweisende Freisinn, der das Jünglein an der Wage bildete, diese gewichtige Rolle aber nicht für

einen wirklichen Fortschritt, nicht für Freiheit und gleiches Recht auspielte, sondern die ruhmlose Polenpolitik Preußens noch reichsgesetzlich attestierte. Damals wie jetzt waren es also parteipolitische Erwägungen, war es das heiße Begehren, Regierungspartei zu bleiben, das zu einem Zusammengehen mit den Reaktionen bewog. Von einer Kompromißpolitik, die wir für das parlamentarische wie auch für das gewerkschaftliche Leben durchaus notwendig halten, kann aber nicht mehr die Rede sein, wenn auf die Interessen der vertretenen Volksteile so wenig, auf das Parteiinteresse, auf die äußere Position der Partei, aber alle Rücksicht genommen wird. Wenn das Zentrum schließlich ohne große Befürchtungen für seinen Bestand auch eine so gewagte Stellungnahme riskieren konnte, so muß den freisinnigen Parteien ein solch politisches Wagnis aber zweifellos gefährlich werden, denn wer nicht mehr viel zu verlieren hat, kann leicht alles verlieren. Und Männer, wie der alte Träger (der vor der entscheidenden Abstimmung zu einigen der Hauptköpfe von der sozialdemokratischen Partei wehmütig sagte: „Gebt mir noch 'mal die Hand, so lange ich noch ein anständiger Kerl bin“) und Raumann, auf den bei seinem Einzug in den Reichstag mit so großen Erwartungen geblickt wurde, der sich sogar äußerst scharf und ablehnend über den Sprachenparagrafen aussprach, sie verlieren ihr Renommee als ernsthaft, freiheitlich gesinnte Politiker, wenn die Parteidisziplin sie zu einem mit ihrer ganzen Vergangenheit direkt entgegengesetzten Handeln zwingt.

Zu welchen Unbegreiflichkeiten eine politische Konstellation wie die des Blocks der Liberalen mit den konservativen Parteien führen kann, zeigte der christlich-soziale Abgeordnete Franz Behrens, den wir allerdings nicht gern mit Träger und Raumann in einem Atemzuge nennen. Behrens ist ein Führer der christlichen Vergleute, hat aber durch seine parlamentarische Tätigkeit nichts weniger als die Zufriedenheit der Bergarbeiter gewonnen. Denn ihm fiel es kürzlich bei, allen Ernstes ein Mandat für einen Zeichenbesitzer aus dem Ruhrbecken zu fordern (das jetzt durch drei Sozialdemokraten und drei christliche Gewerkschaftler im Reichstage vertreten). Da bekanntlich die Kohlenbarone jener Gegend die gewerkschaftsfreundlichsten Menschen sind, kann man sich denken, mit welcher Entrüstung speziell die christlichen Vergleute diesen Einfall ihres „Generalsekretärs“ aufnahmen. Während nun der an gleich hervorragender Stelle innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehende Abgeordnete Wiesbert in tatsächlich wirkungsvoller Weise gegen die der allgemeinen Kritik verfallenden Bestimmungen und im besondern gegen den ungeheuerlichen, die gewerkschaftliche Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern (deren es in Rheinland-Westfalen weit mehr als eine Viertelmillion gibt) stark hemmenden § 7 zu Felde zog, stimmte der christlich-soziale, offiziell zur Wirtschaftlichen Vereinigung zählende Abgeordnete und zweite Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Franz Behrens, für den § 7 und für das ganze Gesetz! Doch halt. In der dritten Lesung votierte Herr Behrens doch gegen den § 7 und bei der Gesamtabstimmung über das Gesetz hieß er Gase. Läßt sich noch ein größerer Wider-

Spruch zwischen gewerkschaftlicher und parteipolitischer Stellungnahme denken?

Die Parteipolitik hat also bei dem Reichsvereinsgesetz dieselbe unheilvolle Rolle gespielt wie im Dezember 1902 beim Zolltarif. Es liegt sich deshalb mit sehr eigenartigen Gefühlen, wenn sich die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ unter der Überschrift „Der Triumph der Prinzipienlosen“ mit dem Datum des 5. April aus Berlin (also jedenfalls von ihrem Hauptredakteur Giesberts) schreiben läßt:

Der Verrat ist vollbracht! Die Nachkommen der Sturmgefallen von 1848, unsere heutigen „Freisinnigen“, haben am 4. April 1903 Freiheit und Menschenrecht mit Füßen getreten! Sie, die sich stets als die einzigen Erben des wirklichen Liberalismus ausgaben und auf ihre Väter, die Nationalliberalen, bei jeder Gelegenheit die Schale ihres Spottes ausgoßen, haben am Samstagabend ihren Liberalismus schmähtlich verleugnet und die Volksrechte nach Prozentsätzen berechnet. Denen aber, die in jähem Wingen die heiligen Güter allzeit verteidigt haben, hat die Reaktion ein neues Volkwerk in den Weg gelegt, an dessen Niederlegung die besten Söhne unsers Volkes in Zukunft ihre Kraft verbrauchen müssen — kostbare Kraft, die, aufbauend verwandt, unserer Nation zu unschätzbarem Segen gereichen könnte.

Das Zentralorgan der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften hingegen sagt nach Aufzählung der im allgemeinen durch das Gesetz für die meisten der mittel- und norddeutschen Bundesstaaten eintretenden Verbesserungen:

Inderselbst haben wir niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sowohl der § 7 als auch der § 10a für uns unannehmbar sind. Wir erblicken darin schwere Nachteile gegenüber dem bestehenden Zustande und sind der Meinung, daß die Fortschritte des Gesetzes mit diesen Verschlechterungen sehr teuer erkauft sind. Wenn liberale Männer dazu ihre Zustimmung gegeben haben, so befanden sie sich in einer Zwangslage. Sie wollten unter allen Umständen ein Reichsvereinsgesetz schaffen, hätten es aber nicht bekommen ohne jene beiden, leider recht erheblichen Schönheitsfehler. Von Volksverrat kann dabei keine Rede sein. . . . Schon jetzt sucht man unsere Mitglieder aufzuheben und ihnen die „Sünden“ der Liberalen zum Vorwurfe zu machen. „Ja, was gehen denn uns als Gewerksvereine die liberalen Parteien an? Die Gewerksvereine als solche sind rein neutrale Organisationen, die zu den politischen Parteien keinerlei Beziehungen haben.“

Wir sind objektiver als beide hier, erwähnte Richtungen der Gewerkschaftsbewegung und wollen deshalb in bezug auf die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine zugeben, daß sie „als solche“ politisch-neutrale Organisationen sind. Wenn man sich aber die Zeit der letzten Reichstagswahl in die Erinnerung zurückruft, ferner an den fortschrittlich-demokratischen Arbeitertag in Offen denkt, der von der sogenannten Düsselbacher Richtung der Gewerksvereine ausging und welcher an die freisinnigen Parteien einen eindringlichen Warnungsruf richtete, mehr für die Arbeiterforderungen einzutreten, andernfalls der Liberalismus auch den letzten Rest der Arbeiter verlieren würde, und sich vor Augen hält, daß das Organ der Düsselbacher Richtung, die „Westdeutsche Arbeiterpost“, am 20. April v. J. schrieb: „Da aber Zentrum und Sozialdemokratie durch die ihnen anbahnenden Gewerkschaften uns scharf bekämpfen, rechnen wir auf sie nicht und halten uns vornehmlich an die liberalen Parteien“, so dürfte kein Zweifel bestehen, daß einem Teile der Arbeiterschaft, und zwar dem gewerkschaftlich auf Hirsch-Duncker'schem Boden stehenden, durch die freisinnigen Parteien eine schwere Brückierung zuteil wurde durch die Stellungnahme zu den eine Verschlechterung bedeutenden Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes.

Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß den Schafsmachern die sonstigen Vorschriften des Gesetzes, die, wie schon erwähnt (und in den Nummern 140, 141 und 142 v. J. eingehend dargelegt), für eine Reihe der deutschen Bundesstaaten Verbesserungen bringen, viel zu weit gehen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ des Kohlen-Syndikates und der dortigen Großindustriellen, fordert denn auch, daß die Landesgesetzgebung in Sachen des Sprachenparagraphe nicht ein Schrittchen entgegenkommen bezieht. Nebenbei bemerkt, soll es richtig sein, daß sich die Großindustriellen Westdeutschlands nicht an den Reichsfiskus geendet haben mit dem Anliegen, in das Vereinsgesetz Bestimmungen aufzunehmen, wie sie ursprünglich die Vorlage im Sprachenparagraphe enthielt. Eine

Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ aus Dortmund stellt aber fest, daß die rheinisch-westfälischen Großindustriellen trotz aller Dementis die Veranlasser des ominösen § 7 sind. Die Adresse, an die sie sich gewandt, wäre aber ein anderer preussischer Minister gewesen! (Schluß folgt.)

Reyhäusers Artikel.

Bei den Buchdruckern spielt die Neutralitätsfrage von jeher eine große Rolle. Unlänglich des Antrages des Gutenbergbundes um Aufnahme in den Organisationsvertrag wurde sie wieder stark in den Vordergrund geschoben. Durch das kampfhafte Bemühen des Bundes und der Arbeitgeberverbände, den Verband bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien als sozialdemokratisch vorzustellen, um dadurch den Vertragsabschluß zu hinterreiben, war der Verband gezwungen, diesem Treiben entgegenzutreten und den Beweis zu erbringen, daß der Verband als solcher nicht sozialdemokratisch sei.

Dies konnte und mußte geschehen, aber einzelne Kollegen, und ich glaube auch Mitgliedern, gingen dabei zu weit — so weit, daß sie sogar die Benennung sozialdemokratisch als Verleumdung bezeichneten und damit einen großen, wenn nicht den größten Teil der deutschen Verbandsmitglieder beleidigten. Die sozialdemokratischen Kollegen reagierten darauf nicht besonders; sie begnügten sich nur, festzustellen, daß auch dies Neutralitätsverleugung sei und den Beweis liefere, daß auch andre „Fakultäten“ auf diesem Gebiete hembarend sind.

Ich meine aber, etwas weniger beleidigendes Abschütteln der Sozialdemokratie, etwas weniger Betonung dieser Neutralitätsfrage hätte auch genügt, und wir hätten diesen Organisationsvertrag immer noch bekommen.

War also die Neutralitätsfrage durch eben geschilderte Verhältnisse schon eine heußumtrittene, so erreichte jedoch die Diskussion darüber ihren Höhepunkt erst durch die Artikelserie des Kollegen Reyhäuser.

Diese Artikel sollen, wie Reyhäuser schreibt, den Zweck haben, „der Neutralität endlich mal festen Boden unter den Füßen zu schaffen“. Reyhäuser wird sich aber bald überzeugen können, daß er diejenigen innerhalb unsres Verbandes, welche bisher schon bei jedem freien Worte, jedem wissenschaftlichen Vortrage, der z. B. die Entstehung der Erde schilderte und sich natürlich, weil wissenschaftlich, nicht in der Richtung bewegte, daß der liebe Gott die Welt in sechs Tagen geschaffen, über Verleugung des § 1 klagten, — daß er also diese Kollegen von seiner Neutralität nicht überzeugte. Kollege Reyhäuser täuscht sich leider, wenn er glaubt, daß jeder Arbeiter, dem man den wissenschaftlichen Zusammenhang der Dinge vor Augen führt, gern seine Hand bieten wird, um aus „kümmerlicher“ wissenschaftlichen Eitelungsverhältnissen heraus zu kommen, denn an dem Worte „Sozialismus“ wird er keinen Luststoß nehmen.

Gerade vor dem Worte „Sozialismus“ spricht so mancher zurück, der auf dem Standpunkte steht, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung, die von Gott eingesetzte Ordnung sei. Geht es ihm innerhalb dieser Wirtschaftsordnung schlecht, wird er ja im Jenseits belohnt werden. Wollten nun fortgeschrittene Kollegen, die instande sind, an der Hand von einwandfreiem Material einen kleinen Vortrag zu halten, solchen Kollegen und den jüngeren, unerfahrenen Nachwuchs über den wirtschaftlichen Zusammenhang der Dinge aufklären und Verständnis für den Sozialismus erwecken, so würden sie, weil diese Frage ins „Politische“ hineinberührt, als Verbandschädiger und Simmelsflücker den Mitgliedern vorgestellt werden.

In dieser Tatsache würde auch nichts geändert, selbst wenn der „Sozialismus“ nicht „Parteiache“ wäre. Für manche Kollegen, und nicht die jüngsten, gilt eben auch: Alles, was nach Sozi riecht, ist bedenklich, muß zweimal angesehen werden, ehe man es nimmt, selbst wenn es gut ist.

Daß sich jedoch der von Reyhäuser in Aussicht gestellte feste Boden für die Neutralität nicht so leicht finden läßt, beweist folgende Stelle seines Artikels:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch wichtige politische Fragen die Neutralität einer Gewerkschaft ins Gebränge kommen kann, weil die Neutralität nie so weit gefaßt sein kann, um Zusammenstöße mit wichtigen Fragen der Staats- und Sozialpolitik, der Gesetzgebung, des wirtschaftlichen Lebens usw. zu vermeiden.

Ganz meine Meinung. Wenn also das letzte Jahrbuch den Beweis brachte, daß die Gewerkschaften und auch unser Verband durch wichtige Fragen der Staatspolitik und Gesetzgebung zur Stellungnahme gezwungen wurden, und auch in Zukunft die Beschäftigung mit wichtigen politischen Maßnahmen, welche die Gewerkschaften schädigen, nicht zu umgehen sein wird, so bin ich der Meinung, ist es das Wichtigste, die Worte in § 1: „mit Ausschluß aller politischen Fragen“, zu streichen und dafür „parteilospolitisch“ zu setzen.

Deute ich es unendlich, das Endziel des Verbandes, die sozialistische Gesellschaftsform in der von Reyhäuser gewöhnlichen Weise in den Veranlassungen aufzuklären, da eine solche Aufklärung ohne Verhinderung politischer Fragen nicht vor sich gehen kann und jeder zart besetzte Kollege sofort über Neutralitätsbruch klagten würde. Doch darüber weiter hinten.

Kollege Reyhäuser bemerkte in seinem ersten Artikel, daß es jedenfalls nichts schade, wenn durch seine Arbeit

Stoff zum Nachdenken, Anregung zur Diskussion gegeben werde. Er wird sich also bei diesen Diskussionen immer vor Augen halten müssen, daß es unmöglich ist, diese umfangreiche Arbeit in einem, selbst längeren Artikel erschöpfend zu behandeln.

So weit Reyhäuser nach seiner Meinung Fehler der Partei von heute behandelt, schadet es nichts, wenn er auf solche hinweist und energisch auf Abhilfe drängt.

Jedoch ich betrachte seine Artikel nicht zu dem Zwecke geschrieben, die Partei wirklich zu „bessern“, sondern meiner Meinung nach ist diese Arbeit eine Wiederaufnahme der im Jahre 1902 unterbrochenen Propaganda für eine reine Arbeiter- oder Gewerkschaftspartei mit den 1902 so viel Zank und Streit verursachten Arbeiternretretern. Die deutschen Gewerkschaften sollen alle ihre wirtschaftlichen und auch politischen Leiden in die Hände dieser neu zu gründenden Arbeiterpartei legen; den praktischen Arbeiter aus der Werkstatt oder die Gewerkschaftsleiter als Reichstags-, Landtags- oder Stadtverordneten kandidaten aufstellen, um so als selbständige Gewerkschaftspartei, unabhängig von allen andern Parteien, eigne Arbeiterklassenpolitik zu treiben.

Jeder ehrliche Meinungsgegner wird Reyhäuser glauben, daß ihm nicht die Rache gegen die Sozialdemokratie die Feder in die Hand drückt; aber muß nicht jeder, der anstelle einer vorhandenen Partei eine neue setzen lassen will, den Nachweis bringen, daß die vorhandene Partei unzersehbare Fehler macht, Fehler, die unbedingt das Entstehen einer neuen Partei rechtfertigen?

Da nun jetzt die Interessen der Gewerkschaften im Reichstags-, Landtags- und Kommune nur durch die Sozialdemokratie vertreten werden, mußte Reyhäuser, um die Mitglieder von der Notwendigkeit seiner neuen, schon 1902 aufs Tapet gebrachten Idee zu überzeugen, auch den Beweis bringen, daß die Sozialdemokratie die Interessen der Gewerkschaften nicht, oder doch nur schlecht vertritt, resp. vertritt hat.

Diesen Beweis kann er nicht bringen, und so sucht er denn nachzuweisen, daß die Partei infolge des ersten Teils ihres Programms gar nicht instande ist, eine der Gewerkschaftspartei dienliche Politik einzuschlagen. Diesen ersten Teil nützt er so stark aus, daß ihm wenig Raum bleibt, auch die praktische Tätigkeit dieser Partei für die Arbeiter zu schildern, wie sie der zweite Teil des Programms vorieht.

Wie ich schon sagte, kann ich es als Sozialdemokrat vertragen, wenn an den Handlungen meiner Partei, die keinesfalls schlesfrei dasteht, Kritik geübt wird, nur darf sich diese Kritik nicht ins Kleinliche verlieren und dies ist, meiner Meinung nach, in diesen Artikeln oft der Fall. Die Art und Weise, wie Reyhäuser die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung schildert, fordert den Widerspruch aller, gewerkschaftliche und politische Kleinarbeit verrichtender Kollegen heraus.

Alle Kollegen verstehen es, wenn Reyhäuser die Sozialdemokratie schildert, wie sie heute ist, wenn er kritisiert, wie diese Partei seiner Meinung nach heute der Gewerkschaftsbewegung hindernd in den Weg tritt; aber wenn bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit in den letzten Jahren und auch in diesen Artikeln immer wieder aufgewärmt wird, was Wesel vor vielleicht 15 Jahren, der verstorbenen Auer vor 12 Jahren, für Ansichten über die Entwicklungsfähigkeit der Gewerkschaften hatten, wenn ferner, wie die Antipathie der Partei gegen die Gewerkschaften zu beweisen, sogar Parteitagprotokolle aus den 70er Jahren herhalten müssen, so darf sich Reyhäuser nicht wundern, wenn die Diskussion fast überall das Resultat zeitigt, daß man dieses ewige Vorhalten der „alten Sünden“ dieser Partei nachgerade satt hat und zu dem Schluß kommt, es habe noch keiner die Neutralität so verkehrt, sich noch keiner im „Korr.“ „politisch“ so „ausgelebt“, wie der Kollege Reyhäuser.

Ist es nicht kleinlich, wenn wir nun seit etwa 12 Jahren fast jedes Jahr in kurzen oder längeren Artikeln vorgelesen bekommen, welche Stellung die Sozialdemokratie damals den Tarifgemeinschaften, den Unterstützungseinrichtungen usw. gegenüber einnahm? Heute weiß doch jeder Gewerkschaftler, daß die Partei ihren Standpunkt revidiert hat, daß sie sich von der praktischen Kleinarbeit der Gewerkschaften überzeugen ließ und anerkannte, daß durch Tarifgemeinschaften und Unterstützungseinrichtungen die Gewerkschaften nicht verumpfen, sondern Kampfvereine bleiben. Man steht doch schon an diesen zwei Fragen, daß die Sozialdemokratie versucht, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und auch die Führer nicht halstarrig auf dem in früheren Jahren eingenommenen Standpunkte stehen bleiben. So wie sich Wilhelm Liebknecht entwickelte, geht es resp. ging es allen. Liebknecht stand oft auf dem Standpunkte:

Kein Friede mit dem heutigen Staat, und der Sozialismus kann sich nicht innerhalb dieses Staates entwickeln, er muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können.

Auch Liebknecht brachten die „Verhältnisse“ später eine andre Meinung bei, denn von ihm stammen nach P. Kampffmeyer die Aussprüche:

Wer kann den heutigen Staat von dem künftigen Staate scharf abgrenzen? Der heutige Staat wächst in den Zukunftsstaat hinein, gerade wie der Zirkelstein schon in dem heutigen Staate drinsteht. Es geht nicht wie bei dem Falle des Sozialistengesetzes, nachts 12 Uhr hört der Staat auf und fängt der neue an. Dieser kindischen Auffassung, der unsre Gegner huldbigen, indem sie fürchten, wir wollten tabula rasa machen — als ob das möglich wäre! — dürfen wir uns nicht schuldig machen; und wir täten es, wenn

wir eine bestimmte Grenze zwischen dem heutigen Staat und dem sogenannten „Zukunftsstaate“ ziehen wollen. Gehen beide nicht ineinander über?

Auf dem sozialdemokratischen Kongresse zu Hamburg 1897 sagte Liebknecht:

Im Anfang der Partei, als wir noch wenige Anhänger hatten, gingen wir in den Reichstag, die Tribünen ausschließend oder fast ausschließend zur Propagierung unsrer Ideen benutzten. Allein sehr bald wurden wir auf den Boden der Praxis gestellt. Wir haben gesehen, daß das Unrecht in der heutigen Gesellschaftsordnung doch etwas mehr ist als eine Gelegenheit, schöne Reden zu halten, und daß es durch die schönsten und kräftigsten Reden nicht beseitigt wird. Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist, auf dem Boden der Praxis etwas zu tun. . . . Wer verlangt, daß wir uns anders verhalten und den Boden der Praxis verlassen und rein theoretisch wirken, — der will, daß wir in die Gerichte zurückkehren, aus denen wir vor langer, langer Zeit herausgetrieben sind.

Also Rehgäuser braucht nicht zu bangen; die wirtschaftliche Entwicklung wird noch manche Ansicht klären, und seine Befürchtung, daß die Partei nur einem Leben nach dem Tode zustrebt, wird nicht zutreffen; auch sie wird, genau wie die Gewerkschaften, im Kunterbunt und Durcheinander der Zeit sich zurechtfinden müssen. Schon im Jahre 1895 wurde auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Breslau von Liebknecht erklärt:

Die Partei ist, wenn sie nicht ihre Existenz aufgeben will, gezwungen, alle uns angehenden Tagesfragen von der praktischen Seite aufzufassen, und alles praktische Handeln ist mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen Theorie und Tatsachen.

Daß die Partei diesen vernünftigen Weg eingeschlagen hat, erkennen selbst Bürgerliche an. So schrieb z. B. 1902 ein freisinniges Blatt:

Die Sozialdemokratie eringt ihre Erfolge nicht wegen ihres „Zukunftsstaates“, der ihr immer gleichgültiger geworden, und sie läßt ihn bei der praktischen Arbeit hübsch zu Hause, womit doch selbst von bürgerlicher Seite gesagt wird, daß sich auch die Partei auf dem Boden der Tatsachen stellt.

Selbst Rehgäuser schrieb 1896 im „Korr.“ über die Stellungnahme der Partei zu den praktischen Fragen:

... Auch die Partei hat sich nach schweren Kämpfen durchgerungen zu der Anschauung, daß eine ändernde Kritik an den bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftszuständen allein nicht die Aufgabe der Partei machen kann. Auch die Sozialdemokratie ist gezwungen, wenn sie nicht das Schicksal aller bisherigen Parteien teilen will, praktisch mit Hand anzulegen, um im Verein mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien heute schon auf dem Wege der Gesetzgebung eine Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter herbeizuführen. Eine derartige Beteiligung an der parlamentarischen Geschäften ist als „nicht zielbewußt“ schon seit Jahren von dem radikalen „linken Flügel“ mehr oder weniger heftig bekämpft worden, aber alle Parteitage haben diese praktische Betätigung als im Interesse der Arbeiter und der Partei gelegen erachtet. . . .

Nun, Kollege Rehgäuser, hat die Partei diese praktische Tätigkeit nicht bis heute entfaltet? Bewertet man eine Partei nach dem Inhalt ihrer papierenen Resolutionen, nach überabstrakten, vpraesenthaften Ausprüchen einzelner Kongreßbesucher? Oder ist nicht einzig und allein die tatsächlich geleistete Arbeit maßgebend, welche für das Volk verrichtet wurde? Es wird auch in Zukunft so bleiben, „daß der wirtschaftliche Zwang, der gesunde Kern der Gewerkschaften und die Erfahrungen ihrer Führer stärker sind als die Phrase“ und noch manchen „überabstrakten“ überzeugen werden. Wozu also die Unterrense?

Wenn Rehgäuser ferner jammert, daß die Gewerkschaften immer fester an die Partei gefettet, immer abhängiger von derselben werden sollen, so stimmt auch dieses nicht. Jeder einsichtige Gewerkschaftler, ebenso wie jeder Genosse weiß, daß beide große Organisationen, Partei und Gewerkschaften, beide für sich vollständig selbständig handeln müssen, und es ist Tatsache, daß sich auch in der Sozialdemokratie die Stimmen zugunsten der Selbstständigkeit der Gewerkschaften mehren. Wir haben doch mehrere Gewerkschaftsführer, welche zugleich Abgeordnete der Partei sind und energisch für die Selbstständigkeit der Gewerkschaften eintreten. Rehgäuser widerspricht sich selbst mit diesen Ausführungen, denn in der Nr. 65 des „Korr.“ von 1905 heißt es z. B.:

Wer die einzelnen Redner auf dem Kongresse (Köln) mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird leicht herausgefunden haben, daß die meisten Gewerkschaftsführer im Laufe der Zeit nicht radikaler geworden, sondern mehr als früher geneigt sind, ihre Taktik den Verhältnissen anzupassen. . . . Die Debatten über die Maisfeier und den Generalkongreß z. B. atmeten zum Teil absolute Unabhängigkeit von der Partei.

Auch in seinen Artikeln bringt Rehgäuser zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften selbst eine parteipolitische Abhängigkeit abzulehnen beginnen. Warum also die Angst vor der III Sozialdemokratie? Sorgen nicht schon die in der Partei tätigen Gewerkschaftsführer, daß Kautsky, der „Panatiker der Theorie“, trotz Jenaer und Mannheimer Parteitagresolutionen immer hübsch auf dem Boden der Wirklichkeit zurückgebracht wird?

Warum jedoch Rehgäuser trotz dieser Wandlungen der Sozialdemokratie gerade diese Partei so scharf kritisiert, geht aus folgenden Stellen seiner Artikel hervor:

Die Sozialdemokratie ist nun einmal gemäß ihrer ganzen historischen Entwicklung die Partei der Arbeiter, obwohl es in diesem strengen Sinne nicht einmal richtig ist. Ihr Tun und Lassen fällt in jeder Wirkung auf die Arbeiter zurück, gleichviel, ob die Arbeiterkraft will oder nicht. Und so lange diese Wirkung besteht, können wir als Gewerkschaftler an der Sozialdemokratie nicht mit derselben Gleichgültigkeit vorübergehen wie an jeder anderen politischen Partei.

Weiter: Die sozialrevolutionäre Tendenz, wie sie heute in der Sozialdemokratie ersichtlich und deren unfruchtbare Politik wiederum aus dem versteinerten ersten Teile des Programms resultiert, sowie die Propagierung der „schärfsten Tonart“ und das Spielen mit dem Feuer muß naturgemäß zu einem gewalttätigen Austrage der wirtschaftlichen und sozialen Differenzen führen, ob man will oder nicht.

Also die „scharfe Tonart“, die sozialrevolutionäre Tendenz der Sozialdemokratie, das überabstrakte Gebaren mancher Parteitheoretiker, die Erklärung einzelner Parteiführer: Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins, ferner einige revolutionäre Reden auf diversen Parteitagungen sind die Gründe, welche Rehgäuser nach seiner Meinung berechtigen, nur gegen die Sozialdemokratie so scharf zu schreiben, da durch solche „Revolutionsmacherei“ Regierung und Unternehmertum aufgeschreckt und aus Angst vor der Revolution, vor der „Diktatur des Proletariats“, auch die Gewerkschaften, welche bei den Unternehmern als Filialen der Gewerkschaften gelten, außerordentlich stark bekämpft werden. Er ist also der Ansicht, würden die Gewerkschaften vollständig neutral sein, nicht in sozialdemokratischem Gewerbe stehen, würde sich die Annäherung der Bürgerlichen, des Unternehmertums, viel leichter vollziehen.

Wenn die bürgerliche Gesellschaft wirklich eine solche Angst vor der Sozialdemokratie resp. ihrer Agitation hat, wie stimmt dann dieser Satz an einer andern Stelle seiner Artikel mit dem eben Gesagten überein? Es heißt da:

Es ist eine alte Erfahrung, daß das Unternehmertum lieber einen Arbeiter im Betriebe duldet, der für die Sozialdemokratie agitiert, als einen solchen, der gewerkschaftliche Propaganda treibt.

Einmal schildert uns also Rehgäuser, wie außerordentlich schädlich und hinderlich das überabstrakte und revolutionäre Gebot der Sozialdemokratie ist, um dann gleich einige Spalten weiter zu erklären: Die Unternehmer geben auf das überabstrakte revolutionäre Benehmen der Sozialdemokratie nichts, sie fürchten die Gewerkschaften vielmehr. Dann heißt es an anderer Stelle:

Was wollen Sie, Ihre (die deutschen) Arbeiter wollen nur die Revolution, aber die unsern (die englischen) wollen höhere Löhne.

Ich bin ebenfalls kein Freund dieser unüberlegten „Revolutionschreierei“, wie sie auf Parteitagungen hin und wieder zum Durchbruch kommt, aber wie werden denn die christlichen Gewerkschaften, die keine sozialrevolutionäre Tendenz haben, von ihrem wirtschaftlichen Gegner, dem Unternehmertum, behandelt? Wie sagt doch der Oberstschaffner im Ruhrrevier, Kommerzienrat Kirchow:

Ich bemerke, daß ich es für meine Person ablehne, mit irgend einer Arbeiterorganisation zu verhandeln. Die Arbeiterorganisationen sind sämtlich Kampferemigungen, die in der Hauptsache politische Zwecke verfolgen. Ich lehne es ab, sowohl mit den sozialdemokratischen als auch mit den sogenannten christlichen Arbeiterorganisationen zu verhandeln, denn ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch viel gefährlicher als die sozialdemokratischen.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ schrieb 1906: Ob Sozialdemokraten, ob christliche Arbeiter, ob Anhänger der Christlich-Sozialen Richtung, sie alle finden sich auf dem Boden eines wirtschaftsrevolutionären Programms zusammen, und die Gemeinsamkeit der Gegner zeigt die Notwendigkeit, auch gemeinsam gegen alle Gewerkschaften Front zu machen.

Man sieht also, die Unternehmer machen keinen Unterschied.

Wenn Kollege Rehgäuser im letzten Artikel sagt, daß es doch eigentlich selbstverständlich ist, daß er sich bei der Frage der Neutralität nur mit der Sozialdemokratie befaßt, da doch konservative noch nicht behauptet haben, oder vielmehr nicht behaupten können: „die konservative Partei und die Gewerkschaften sind eins usw.“, so meine ich doch, daß der Ausspruch: Sozialdemokratie und Gewerkschaften sollten verschmolzen werden, „gegebenenfalls“ alle Maßnahmen ergreifen usw., noch nicht berechtigt, diese Partei so gewerkschaftsschädlich hinzustellen; denn man kann solche Ausprüche begreifen, man kann verstehen, wie solche Ideen entstehen können, wenn sie auch undurchführbar sind, wenn man sich die Entwicklung von Partei und Gewerkschaften vergegenwärtigt. Die Sozialdemokratie war stets die einzige Partei, welche den Gewerkschaften bestand. Das sagt Rehgäuser selbst schon im September 1901 im „Korr.“:

Und wenn die Gewerkschaften geistig viel inniger mit der sozialdemokratischen Partei zusammenhängen würden, als es tatsächlich der Fall ist, was dann? Wäre das nicht gerade die naturnotwendige Folge des Verhaltens der bürgerlichen Gesellschaften gegenüber den Gewerkschaften? Wo ist seit den Tagen, da die Gewerkschaften ihre segensreiche Tätigkeit aufnehmen, die politische Partei, die den auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung der Dinge sich bewegenden Gewerkschaften zur Seite gestanden und den Mut gefunden hätte, diese Bewegung als

eine notwendige und gerechte zu unterstützen? Statt dessen hat man den Gewerkschaften gar keinen andern Ausweg mehr gelassen, als sich bei Wahrnehmung ihrer Interessen an die sozialdemokratische Partei anzulehnen.

Wenn also die reaktionären Parteien die Gewerkschaften nicht durch solche revolutionäre Reden „schädigen“ konnten, so machten sie es auf andre Weise. Was ist denn schädlicher für die Gewerkschaftsbewegung, was erfordert eine schärfere Kritik? Das Verhalten einer Partei, die nach Rehgäuser mit dem ersten Teil ihres Programms den Gewerkschaften nicht dienen kann, dafür aber um so energischer mit dem zweiten Teil dieses Programms die Interessen der Arbeiterkraft vertritt. Oder die jahrelange gewerkschafts- und arbeiterfeindliche Haltung der maßgebenden christlichen Partei, des Zentrums? Trotzdem die Gemeingefährlichkeit dieser Partei für die Arbeiterkraft zu Hunderten von Fällen erwiesen ist, wurde ihr nur hin und wieder mal in einem selbständigen Artikel, meistens aber unter „Rundschau“, ganz kurz und vorsichtig eins auf die Finger gegeben. Wenn Rehgäuser einmal unterjuden wollte, inwieweit konservative, Zentrum usw. ein Hemmnis der Gewerkschaftsbewegung sind, hätte er nicht nötig, wie bei der Sozialdemokratie, zum Teil auf 20–30 Jahre zurückzugehen; die letzten Jahre genüigten, um die doppelte Anzahl Artikel zu schreiben über politische Verbrechen, begangen an der Gewerkschaftsbewegung durch diese Parteien.

Ich meine also, da die Partei infolge der wirtschaftlichen Entwicklung auch ihre Taktik änderte und stets in der Praxis die Interessen der Gewerkschaften vertrat, unbekümmert um den ersten Teil des Programms oder papierne Parteitagresolutionen, brauchte Rehgäuser die Neutralitätstheorie nicht dazu benutzen, um für seine ideale Arbeiterpartei Propaganda zu machen und dabei die Sozialdemokratie, trotz einiger kleinen Anmerkungen, im Grunde genommen doch eher schädlich als nützlich für die Gewerkschaftsbewegung hinzustellen.

Und wie steht es nun mit der Verelendungstheorie? Rehgäuser schreibt, daß diese von der Partei nicht aufrecht erhalten werden könne. Sehr richtig, das weiß jeder halbwegs geschulte Gewerkschaftler, daß mit verkommenen, verelendeten Massen nichts zu erreichen ist. Wenn aber Kollege Rehgäuser schreibt:

Glücklicherweise denkt man heutzutage in den meisten Gewerkschaften etwas nüchterner, so daß der von der sozialdemokratischen Verelendungstheorie angerichtete Schaden wenigstens in etwas paralyisiert werden kann; warum erwähnt er dann nicht, um Jertümer zu vermeiden, daß auch die sozialdemokratischen Führer, daß die ganze Partei durch ihre praktische Tätigkeit beweist, gleichfalls mit dieser Verelendungstheorie trotz ersten Teil des Programms gebrochen zu haben? Anstatt dessen lesen wir:

Die Partei aber, welche ihre Identität nicht in der politischen Macht mit Massen erobert zu können, die im Parteiprogramm einer wachsenden Zunahme des Glendes, des Druckes, der Verachtung, der Erniedrigung und der Ausbeutung ausgedrückt ist, mit solchen Kräften ist nichts zu erobern. Wer, Kollege Rehgäuser, glaubt denn noch in der sozialdemokratischen Partei, daß die politische Macht mit verelendeten Massen erobert werden kann? Können Sie eine einzige Parteizeitung nennen, die diesen Standpunkt vertritt?

Müssen nicht unerfahrene Kollegen auf die Bemerkung kommen, daß die Sozialdemokratie predige, erst muß der höchste Grad des Glendes und der Not erreicht sein, ehe der Arbeiter für die Partei oder für die Verwirklichung des Sozialismus reif sei? Es sollte doch nicht nur der ersten Teil des Programms für Rehgäuser maßgebend sein, sondern auch hier wieder die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterbewegung.

Schon im Jahr 1891 erklärte Vollmar, daß die Partei nicht auf dem anarchistischen Standpunkte stehe: Je schlechter es den Leuten geht, desto besser! Jeder weiß, daß der Mensch, wenn er erst unter eine gewisse Stufe der Lebenshaltung herabsinkt, wohl die Kraft hat, in einem Augenblicke der Erregung an einem Straßentumult, einer Revolte teilzunehmen, Fenster einzuwerfen oder auch Schängel einzuschlagen; zu einer dauernden, ersten und zielbewußten Arbeit aber ist er nicht mehr brauchbar. Deshalb sind wir von jeher dafür eingetreten, daß auf eine allmähliche, fortgesetzte Verbesserung des Arbeiterlozes hinzuwirken sei.

Bebel erklärte in Halle: . . . Die Arbeiter erkennen in unsrer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. Auf diesem Standpunkte haben wir stets gestanden, auf ihm müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen.“

Und der sozialdemokratische Abgeordnete Molkenbuhler erklärte 1902 in der dritten Lesung des Zolltarifs: „Wir werden alles verhindern, was die Verelendung der Massen zur Folge haben kann, denn die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nicht auf verelendeten Massen aufgebaut werden.“

Wie tapfer haben sich bei dem Zollwuchergesetze die Sozialdemokraten gehalten, welche Unsummen von Kraft und Arbeit daran gesetzt, um dieses Zollgesetz zu verhindern, welches den Arbeitern alles vorenzieht! Würde aber, wie nach den Artikeln anzunehmen ist, heute in der Partei noch die Glendstheorie hochgehalten werden, wäre

die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Zollgesetz unbegreiflich, dann hätte sie für die Verteuerung der Lebensmittel stimmen müssen, um die Not und das Elend auf die Spitze zu treiben — wie es das christliche Zentrum tat.

Wie war es ferner mit dem famosen Zuchthausgesetz? Wurde nicht gerade dieses Gesetz zu Falle gebracht, weil die Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften auf dem Posten war und damit eine wachsende Zunahme des Elends, des Drucks, der Verachtung, der Erniedrigung und der Ausbeutung der Arbeiter verhinderte?

Aus der Tatsache, daß von Anfang der Arbeiterbewegung an stets einige Bürgerliche für die Interessen der Arbeiter eintraten, schließt Rehgäuser, daß der Beweis dafür, außerhalb der Arbeiterklasse und in der bürgerlichen Gesellschaft sei niemand, der der Verelendung der Arbeiterklasse entgegenetrete, nicht erbracht sei.

Daß einzelne in der bürgerlichen Gesellschaft gleichfalls an der Besserstellung der Arbeiterklasse mitwirken, ist von der Sozialdemokratie auch noch nie bestritten worden. Es sind eben Ausnahmen. Bernstein sagte doch schon, daß einzelne Besitzende aus materiellen Gründen ein Interesse daran haben, mit der Arbeiterklasse gut zu stehen. Diese Entwicklung sei ganz selbstverständlich; denn je mehr die Arbeiterklasse anwächst, um so größer wird die Bedeutung der Arbeiter als Konsumenten, und um so größer ist das Interesse der Unternehmer, die Konsumentkraft der Arbeiter zu haben. Ich meine, es wäre ja auch für die Gewerkschaftsbewegung beschämend, wenn sie nicht im Vereine mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung imstande wäre, in der Zukunft unsere bürgerliche Gesellschaft als Klasse zu zwingen, einen menschlicheren Standpunkt uns Arbeitern gegenüber einzunehmen.

Wenn Rehgäuser beweisen wollte, daß die Verelendungstheorie falsch sei, so genügt vollkommen der von ihm geführte Nachweis, daß die Gewerkschaftsbewegung diejenige Macht war, welche diesen Teil des Programms über den Haufen warf und dem Kapital mittels der Organisation gezeigt hat, daß auch heute schon die Ausbeutung eine Grenze hat und der gewerkschaftliche Arbeiter kein willenloser Sklave in den Händen der Unternehmer ist; aber zu behaupten, daß selbst unsere kapitalistische Gesellschaft durch Schaffung von Arbeiterschutzesgesetzen und groß angelegten Versicherungseinrichtungen die Verelendungstheorie in ihren ganzen Grundzügen erschütterte, heißt denn doch dem Staate zuviel Ehre antun, heißt dieses heutigen Gesellschaft eine Menge sozialpolitischer Anstände zuzusprechen, den sie nie besitzen und auch heute noch nicht besitzt.

Hätte der Staat damals diese Gesetze und sozialpolitischen Antriebe geschaffen, wären und müßten wir heute auf diesem Gebiete weiter sein. Aber der Staat hat sich nicht gefügt, er muß in puncto Sozialpolitik mit gutem Willen abgeben, er hat nicht daran gedacht, daß auch die herrschende Gesellschaft bis hinauf in die höchsten Kreise an der körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit des niederen Volkes ein Interesse haben muß, weil durch schlechte Wohnungen und Unterernährung entstehende epidemische Krankheiten nicht allein auf die Hinterhäuser beschränkt bleiben, sondern auch ihren Weg über das Vorderhaus in Willen und Paläste der oberen Zehntausend finden.

Also all diese im Grunde genommen doch egoistischen, aber immerhin vernünftigen Erwägungen waren nicht maßgebend für die Schaffung der so „groß angelegten Versicherungsgesetzgebung“, sondern einzig und allein die Furcht vor der erwachenden Arbeiterklasse, die Furcht vor der stark einsetzenden sozialdemokratischen Bewegung. Man wollte den Arbeitern zeigen, daß eine Sozialdemokratie unnötig sei, da der Staat von selbst Sorge erwähnt doch Rehgäuser selbst, daß alle gesetzgeberischen Akte in ihrer Wirkung auf die Sozialdemokratie geprüft werden. Und hier sollte auch die groß angelegte Versicherungsgesetzgebung das Mittel sein, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen.

Wenn nun Rehgäuser fragt: „Wenn aber nun diese Gesellschaft nur eine Brutalisierung, Sklaverei und Ausbeutung kennt, wie kommt diese Gesellschaft dazu, sich in diesem Vorhaben selbst Zwang aufzuerlegen durch Schaffung von Arbeiterschutzes- und -schutzesgesetzen? So ist zu erwidern, daß diese Gesellschaft sich nur so lange Zwang auferlegte, sich so lange als Wolf in Schafspelze darstellte, bis sie merkte, daß trotz dieser „Staatswohlthaten“ die Arbeiter von der Sozialdemokratie nicht zu trennen waren und auch die gewerkschaftlichen Organisationen kolossale Fortschritte machten.

Heute merkt man von diesem „Zwangauferlegen“ der herrschenden Klasse nichts mehr. Heute gibt selbst ein Nationalliberaler im Reichstage zu, daß in Deutschland Klassenjustiz getrieben wird, und mithin auch der Arbeiter den Unternehmern und Kapitalisten, wenn auch nicht ganz, so doch zum größten Teile rechtlos gegenübersteht. Die vorzüglichen Artikel des Kollegen Willenberg beweisen ferner, wie skandalös die Arbeiter behandelt werden, welche das Glück haben, Staatsrentner zu sein, die Wohlthaten der groß angelegten Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzgebung in Anspruch zu nehmen. Der „Korr.“ schreibt selbst, daß die Sozialpolitik nach rückwärts revidiert werden soll. Heute kennt die Brut der Schamfächer keine Grenzen, daß ihre „Wohlthaten“ umsonst für ihre Zwecke waren.

Hätte der Staat, hätten die Junker und Industriellen damals diese Gesetze nur gemacht, um das Elend, die Unterdrückung zu lindern, müßten sie konsequenterweise auch diese Gesetze lebensfähiger machen.

Wie aber diese brutale Junkersknechtschaft, die sich von der Arbeit der Proletarier ihre Sommerferien und ihre verschwendlichen Kavallerieoffizierspationen leistet, die Sozialpolitik bewertet, beweist folgende Auslassung der hiesigen schamfächerischen „Schleifischen Zeitung“ vom vorigen Jahre:

Was ist Sozialpolitik?

Sozialpolitik ist, wenn einer bestimmt, daß ein Zweiter einem Dritten etwas schenkt, muß für diesen nicht zu danken brauchen, vielmehr das Recht hat, zu schimpfen, daß das alles noch viel zu wenig sei. Der erste, das ist der Gesetzgeber, der aus der eignen Tasche das wenigste zuschießt; der zweite ist der steuerzahlende Bürger, der den Schaden bestiegt; der dritte ist der Arbeiter (also der Beschenkte), der so gut wie keine Steuern zahlt.

Ich glaube also die Frage Rehgäusers: „Warum sich die herrschende Gesellschaft in ihrem Vorhaben, zu brutalisieren und auszubeuten, von selbst Zwang auferlegt, indem sie die Arbeiterschutzesgesetze usw. schaffte“, genügend beantwortet zu haben.

Eine kleine Schadenfreude scheint Rehgäuser zu befallen, wenn er so mitteilen kann, wie seine lieben Freunde und Freundinnen von der „roten Fakultät“ sich im Prophezeien irren. Ich finde es entschuldigbar, wenn vor 15 oder mehr Jahren heutige Parteiführer den Gewerkschaften kein langes Leben prophezeiten; die „Verhältnisse“ waren eben zu jener Zeit so eigenartig geflagert, daß selbst Rehgäuser an solch rapide Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften in jener Zeit nicht gedacht hätte. Trotzdem höhnt Rehgäuser in Artikel XV: „Nara Zettin ist auch immer dabei, wenn es gilt, zu prophezeien“, erwähnt dann wohl zum 100. Male seit seiner Redakteurstätigkeit den Ausspruch Luers: „Die ganze Richtung im Buchdruckerverbande paßt mir nicht“, und kommt dann auf Webel zu sprechen, von dem er behauptet, daß das „Prophezeien“ für ihn ein „Reservatrecht“ ist.

Webel hatte 1893, also vor etwa 15 Jahren, u. a. behauptet:

Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung noch mehr eingengt. . . . Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensatmen nach dem andern abgechnitten.

Mit Recht schreibt darüber Rehgäuser: Gerade das Gegenteil von dem ist eingetroffen, was Webel prophezeit hat, und beweist nun Webel in etwa 50 Zeilen, wie weit zurück er doch eigentlich vor 15 Jahren war gegen den „Korr.“-Redakteur von heute. Ich meine, Rehgäuser sollte nicht so schmunzeln so vertheilen geben, wie unfähig doch eigentlich die sozialdemokratischen Führer damals waren, die nicht imstande waren, die Situation zu übersehen.

Auch sehr vorzügliche und tüchtige Gewerkschaftsführer, wie Rehgäuser, haben eigenartiges „Prophezeien“ geübt. Wie oft hat er uns im „Korr.“ prophezeit, daß der ganze Organisationsbetrieb „ohne jede Bedeutung“ habe und trotz Güterbergbund und Arbeitgeberverband durchgeführt werden wird, denn, es heißt kurz nach den Tarifverhandlungen in der Nr. 119 des „Korr.“:

Das, was in Berlin vereinbart ist, wird und muß aufrecht erhalten bleiben, und damit hat jeder zu stehen und zu fallen, der bei dem Zustandekommen des neuen Vertrags mitgewirkt hat. Wie wir schon einmal nach der Dresdner Generalversammlung sagten, ist jetzt ein solcher Moment gekommen, wo die Führer gegen den Willen der Masse in deren Interesse mit Leib und Leben für das Beschlossene einzutreten haben, komme, was da wolle.

Nun, der Organisationsvertrag konnte nicht „voll“ eingeführt werden. In 1 1/2 Jahren waren eben die „Verhältnisse“ so stark verändert, wie es selbst Rehgäuser nicht für möglich gehalten hätte. Wie heute allerdings der Vertrag angeheißelt wird, scheint es beinahe, als sei der Organisationsvertrag ohne § 4 viel besser als mit dem Paragraphen. Weiter: In der „Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“ schreibt Rehgäuser 1900: Diese fünf den Verband nachteiligen Wirkungen des 1891er Kampfes waren und sind in einem Menschenalter nicht wieder auszugleichen.

Wenn die organisierte Gehilfenschaft die aus jenem Streik sich ergebenden Lehren beherzigen will, kann ihr die alte Position in verjüngter Kraft wieder zu erreichen möglich sein; schlägt sie die ersten Lehren jener Zeit in den Wind, so wird sie nur dauernd Mißerfolge ernten. Ereignisse, wie die von 1891/92, überwindet eine Organisation nur einmal. Sechs Jahre später, 1906, heißt es im „Korr.“, Nr. 58 (Zusatznummer):

Würde der Verband nicht in jeder Beziehung dieses Vertrauens in seinen Mitgliedern erwecken können, würde er es nicht immer gerechtfertigt haben, wäre nicht daran zu denken gewesen, daß Niederlagen wie 1891 und Stürme wie 1896 den Verband nicht nur unerschüttert ließen, sondern in ihm geradezu neue agitatorische und organisatorische Liebkraft erweckten.

Also 1900 hieß es: Der Verband sei 1891 so erschüttert worden, daß in einem Menschenalter diese Schlappe nicht wieder auszugleichen ist, und schon sechs Jahre später stellt sich heraus, daß diese 1891er Niederlage den Verband nicht nur unerschüttert ließ, sondern im Gegenteile (was auch meine Meinung ist) in ihm sogar neue agitatorische und organisatorische Triebkräfte erweckte.

Man sieht also, wie leicht sich auch Gewerkschaftsführer täuschen können; das soll kein Vorwurf sein, nur eine Mahnung, auch bei alten politischen Führern dieses

„Reservatrecht“ nicht auszufächeln. Bei dem Bemühen Rehgäusers, möglichst umfangreiches Material beizubringen für den Beweis, daß die Sozialdemokratie oder deren Organe für die freien Gewerkschaftler nicht viel Sympathie übrig haben, ist ihm ein kleiner Irrtum unterlaufen. Er schreibt:

Im Oktober 1903 wurde in Breslau der Maurer Machate zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er zwei Kollegen zum Eintritt in den Zentralverband aufgefordert und sie dabei auf die Felsen getreten haben soll. Diese Bestrafung wurde seitens der „Einigkeit“ gebilligt und bemerkt, wenn man sich der Zentralverbänder absolut nicht erwehren könne, müsse man sich an den Staatsanwalt wenden! Kein sozialdemokratisches Blatt geißelte diese Selbstat, nicht einmal die „Leipziger Volkszeitung“.

Ich stelle hiermit fest, daß die „Breslauer Volksmacht“ diese Unverschämtheit der lokalitätlichen „Einigkeit“ geißelte. Es wäre aber trotzdem noch zu rügen, wenn nicht noch mehr sozialdemokratische Blätter dieses Benehmen der „Einigkeit“ tiefer gehängt hätten. Hoffentlich hat sich Rehgäuser noch bei einigen geirrt.

Wie recht ich hatte, als ich anfangs schrieb, man sollte das Zurückgehen auf alte Sachen nicht zur Gewohnheit machen, wenn es sich um Fehler der Sozialdemokratie handelt, da es mit der Zeit kleinlich und lächerlich wirkt, beweist die „Korr.“-Redaktion selbst. Im vorigen Jahre schrieb sie unter „Rundschau“ gegen den „Vorwärts“:

Nun geben dem „Vorwärts“ gar die Artikel von einzelnen Kollegen Anlaß, in die so gemohnte Kerbe (gegen die Buchdrucker) zu hauen. Bis jetzt ist der in Nr. 17 enthaltene Artikel des Kollegen Schlad in Halle daran gewesen. Wie, das ist einfach köstlich, denn man operiert mit Argumenten, die 16 bzw. 15 Jahre zurückliegen. . . . Wenn man aber gar noch mit Ausführungen in den damaligen Versammlungen kommt . . .

Wenn also beim „Vorwärts“ das Zurückgehen auf längst vergangene Sachen übel vermerkt wird, sollte auch die „Korr.“-Redaktion Sachen nicht 6—12 mal im Jahre aufwärmen. Die historische Aufklärung der Mitglieder nach dieser Richtung ist seit Rehgäusers Tätigkeit als Redakteur in reichlichem Maße geschehen.

Wenn einzelne Personen heute noch in der Partei die Dummheit machen und von der segensreichen Tätigkeit und Agitation der Gewerkschaften höhnisch und geringschätzend nur in „Korr.“ schreiben, so sollte doch Rehgäuser diesen Sport umgekehrt in bezug auf Aktionen der Partei nicht mitmachen (der Gescheiteste gibt nach). Es ist absolut kein Ansporn für unsere Kollegen, sich am politischen Leben, an politischer Agitation zu beteiligen, wenn in früheren Verhandlungen und auch in den jetzigen Artikeln wichtige Aktionen der Arbeiterpartei so „eigenartig“ behandelt werden, wie: „Die gewaltigen Schlächtereien der Bürgerlichen an Wahltagen geliefert werden, bestehen in Massenversammlungen, Reden, Flugblattverteilung, Zeitungsartikel und Abgabe eines Stimmzettels. Mit diesem „Massenschritte der Arbeiterbataillone“ usw.

Freilich ist es schwerer, in einen Bohnenkampf zu treten, als einen Stimmzettel abzugeben, aber all diese so „leichten“ Massenversammlungen, Reden und Zeitungsartikel waren doch notwendig, wenn sich die Sozialdemokratie die Anerkennung Rehgäusers erwerben sollte, der er ja auch jetzt und 1903 im „Korr.“ wie folgt Ausdruck gab:

Das geschichtliche Verdienst ist der Sozialdemokratie nicht abzupredigen, daß sie mit der Propagierung ihres konsequenten Sozialismus die Arbeiter aufrüttelte, auf daß sie die in ihnen ruhenden Kräfte erkannten und nutzbar zu machen suchten. Diese Aufrüttelung Indifferenter ist nicht nur für Gewerkschaftsagitatoren ein hartes Stück Arbeit, auch die Parteitagatoren wissen ein Lied davon zu singen.

Wenn ich anfangs erwähnte, daß mit diesen Artikeln die Propaganda für Rehgäusers Arbeiterpartei neu aufgenommen wurde, so wird es in den letzten Artikeln bestätigt, wo er Stellung nimmt zu den Anträgen zum § 1. Er kommt da zu dem Schluß, daß wenn die sozialdemokratische Partei sich zu einer Kompromisspolitik nicht verstehen kann und der sozialen Existenz der Arbeiterpartei willen, deren politische Interessenvertretung in die führenden Hände der Gewerkschaften überzugehen hat. Als ersten Schritt zu dieser selbständigen Gewerkschaftspolitik bezeichnet er die Abänderung „politischer“ in „parteilich-politischer“ im § 1 des Statuts.

Dieser Ansicht bin ich nicht. Die Abänderung soll nur die Möglichkeit offen lassen, unsre Mitglieder über wichtige, die Gewerkschaft interessierende Fragen aufzuklären. Rehgäuser sagt doch selbst in seinem letzten Artikel, daß man in der Gewerkschaftsbewegung um die Erörterung politischer Fragen nicht mehr herum kommt, und daß es auch in unsern Verbänden zu einer zwingenden Notwendigkeit wird, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen. Nur macht Rehgäuser auf die Folgen eines solchen Beschlusses aufmerksam und erwähnt, daß doch, um die politischen Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften an Regierung und Parlament gelangen zu lassen, nur der Weg der politischen Agitation übrig bleibt — oder deutlicher: auch Reichstags- usw. Abgeordnete der Gewerkschaften, unabhängig von politischen Parteien, vorhanden sein müßten, die diese Forderungen an Ort und Stelle vertreten. So Rehgäuser.

Ich sage mir, wenn es feststeht, daß uns die wirtschaftliche Entwicklung zwingt, mit politischen Fragen zu beschäftigen, ja, daß es sogar zu einer Notwendigkeit wird, müssen wir dieser Entwicklung Rechnung tragen und den Paragraphen ändern, der dieser neuen Situation nicht mehr entspricht.

Heute ist doch der Reichstag die Stelle, von welcher es abhängt, ob Millionen von Menschen, Hunderttausende von Gewerkschaftlern, billiges Brot und Fleisch, gute Arbeiterlöhne und Versicherungsgehalte bekommen oder nicht. Es gibt wenige Fragen des politischen Lebens, an welchen nicht auch die Gewerkschaftler interessiert wären, ganz gleich, ob es wirtschafts-, sozialpolitische oder rein politische Fragen sind.

Wie steht es mit den Arbeiternebelungsgeetzen? Werden die Unternehmer auf dem Wege des Gewerkschaftskampfes nicht mehr so richtig Herr über uns, so beschreiben sie, wie die Zuchtshausvorlage, Verweisvereinsgesetz usw. beweisen, den politischen Weg. Und da sollten die Gewerkschaften zu solchen politischen Aktionen nicht Stellung nehmen durch Wort und Schrift? Sollte es nicht möglich sein, in den Versammlungen, falls solche schändlichen Gesetze diskutiert werden, alle Kollegen zu überzeugen, daß dieses Gesetz verhindert werden muß? Entsprechende es nicht nur der gewerkschaftlichen Bildung der Buchdrucker, daß, ganz gleich ob Sozialdemokrat, Zentrümmer, Jude oder Christ, jeder mit dem Bewußtsein die Versammlung verläßt, außerhalb des Verbandes in seiner politischen Partei dahin zu wirken, daß derartige Schandgesetze verhindert werden?

Wird sich ein Sozialdemokrat über Verletzung der Neutralität beschweren, wenn festgestellt wird, seine Partei schädige durch ihre Stellungnahme zu irgend einem Gesetze die Interessen der Arbeiterschaft? Ich sage nein. Er wird und muß dann eben in seiner Partei Remedur schaffen.

Oder kann sich ein Kollege, Angehöriger der Zentrumsparlei, beleidigt fühlen, wenn durch Tatsachen bewiesen wird, was durch das und jenes Gesetz für uns auf dem Spiele steht, und nun die Sozialdemokratie energig für die Arbeiterinteressen eintritt? Wird sich dieser Zentrumskollege, nachdem er jetzt durch seine Verbandsführer Aufklärung erhalten, es nicht zur Pflicht machen, nun außerhalb des Verbandes gleichfalls in seinem katholischen Parteiverein dahin zu wirken, daß diese Ungewissheit und Arbeiterfeindlichkeit innerhalb seiner Partei beseitigt wird? So sollte es sein. Und das sollten die Buchdrucker nicht fertig bringen?

Wie machen es die Scharmacher in den Unternehmerorganisationen? Sie diskutieren in den wirtschaftlichen Verbänden die Vor- und Nachteile z. B. des jetzt aktuellen Reichsvereinsgesetzes, und wenn sie sich dann über den Wert oder Unwert für ihre Zwecke schlüssig geworden sind, besorgt das weitere die politische Partei, sei es nun Zentrum oder Nationalliberale.

Warum soll es bei uns anders sein? In den Versammlungen wird den Kollegen gezeigt, welche Parteien es ernst nehmen mit unserer Interessenvertretung, und das Weitere besorgt dann wie bisher die Sozialdemokratie, wenn sich andre Parteien nicht ebenfalls dazu bereit erklären. Die Arbeiter nehmen die Hilfe jeder Partei an. Erklärer doch selbst der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Generalkommission, Legien, auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongresse:

Wenn es eine andre politische Partei geben würde, welche Arbeiterinteressen vertritt, würden wir uns auch an diese Partei wenden.

Also so umständlich, wie uns das Kollege Reghäuser vorstellt, ist es nicht, wenn er meint, die ganze Behandlung der politischen Fragen hätte doch keinen richtigen Wert, wenn wir nicht unsere eignen Gewerkschaftsabgeordneten hätten.

Die Befürchtung, daß durch derartige Vorträge der Versammlungsbefuch leiden könnte, ist hinfällig, da wohl überall der Versammlungsbefuch durchschnittlich heute schon so niedrig ist, daß es tiefer nicht mehr geht.

Auch die christlichen Gewerkschaften sind eifrig daran, ihren Mitgliedern Interesse für politische Fragen beizubringen.

Wie ein Jurist über politische Fragen denkt, ersehen wir aus dem Vereins- und Versammlungsrecht. Es heißt dort:

Als politische sind aber nicht nur solche Gegenstände anzusehen, welche die Staatsweisheitslehre oder Politik in engem Sinne, d. h. den Staat hinsichtlich seiner Zwecke und die zu deren Erreichung anzuwendenden Mittel betreffen, sondern auch alles, was zur Staatswissenschaft im weitern Sinne gehört, namentlich also auch Fragen der Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Jeder Kollege legt sich eben den Begriff politische Fragen nach seinem Empfinden aus. Ein Beweis, daß ich recht habe, wenn ich in meinem Antrage behaupte, das Wort „politisch“ sei zu ungenau. In dem vorigen Woche erschienenen Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ bestätigt dies auch Rechtsanwält Wolfgang Heine in seinem Artikel: „Die Ansichten des Reichsvereinsgesetzes“, wo es heißt:

Die Kommissionsbeschlüsse haben das Wort öffentliche durch politische ersetzt. Darin liegt kein wesentlicher Fortschritt. Der eine Begriff ist so unklar wie der andre. Es gibt kaum eine Angelegenheit, die in Vereinen und Versammlungen besprochen wird, die man nicht als politisch bezeichnen kann, wenn man der Rechtsprechung folgt, die in Sachsen, Preußen und Bayern herrscht.

Warum also dann das Sträuben, dieses ungenaue Wort durch das präzisere „parteilich“ zu ersetzen? Wesen wir nicht seit Jahren im „Korr.“, daß nur parteipolitische Fragen ausgeschlossen sein sollen?

Und was erklärten die Verbands- und Gehilfenvertreter in der Tarifauschussung vom April 1907:

... daß sie es in Übereinstimmung mit den statutarischen Bestimmungen des Verbandes für selbstverständlich erachten, daß die volle Neutralität in religiöser und parteipolitischer Beziehung auch verbandseitig gewahrt wird.

Schon dieser Wortlaut zwingt uns, die Änderung vorzunehmen, um die Übereinstimmung mit dem Verbandsstatute herzustellen. Wenn die Gehilfenvertreter diese Erklärung dort zu Protokoll gaben, warum, Kollege Reghäuser, kann das nicht im Statute stehen? Daß die Gehilfenvertreter derselben Ansicht sind, daß mit dem Worte „parteilich“ der Anfang mit Reghäusers Arbeiterpartei gemacht wird, ist vollständig ausgeschlossen. Kollege Reghäuser hoffte, daß die Regierung wie die ganze bürgerliche Gesellschaft einer solchen Arbeiterpartei entgegenkommender sein würden und die Arbeiter wiederum alle dieser Gewerkschaftspartei zuströmen würden.

Das Zentrum hat doch gewiß in jeder Beziehung die Regierung jahrzehntlang unterstützt, und was hat diese Regierungshomme Partei für die Vergarbeiter erreicht? Steine statt Brot, schrieben die christlichen Gewerkschaftsbüchler.

Reghäusers Arbeiterpartei könnte oder müßte doch mit dem zweiten Teile des heutigen sozialdemokratischen Programms operieren und würde dann genau so bekämpft werden wie die Sozialdemokratie. Schon die Tatsache, daß der Sozialismus propagiert werden müßte, würde genügen, um alle reaktionären und kirchlichen Mächte gegen die Arbeiterpartei in Aufruhr zu bringen. Es genügt doch nicht, nur die freien Gewerkschaftler als „Partei“ zu bezeichnen, sondern auch die Christlichen müßten doch hereinbezogen werden, welche es aber infolge ihrer christlichen Weltanschauung ablehnen würden, da sie sich ja in der Arbeiterpartei auf den Sozialismus resp. auf den zweiten Teil des Programms verpflichten müßten. Wie wollen Sie nun diesen sich sträubenden Elementen den Weg ebnen? Auch wieder durch Neutralität? Da wären wir ja auf demselben Standpunkte wie jetzt. Lassen wir doch mal einiges aus dem zweiten Teile des sozialdemokratischen Programms, von dem Reghäuser sagt, daß das jede Gewerkschaft unterschreiben kann, hier folgen:

Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts, für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlssystem, zweijährige Gesetzgebungsperiode, Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage, direkte Gesetzgebung durch das Volk, jährliche Steuerbewilligung, Volkswehr anstelle der stehenden Heere, Entschädigung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln an kirchliche und religiöse Zwecke, Weltlichkeit der Schule usw. Die wichtigsten noch die: Sozialpolitischen Forderungen, wie: internationale und nationale Arbeiterzugesetzgebung, Achtstundentag, Sicherstellung des Koalitionsrechts usw.

Das sind ja gerade die Forderungen, die auch der Gewerkschaftsbewegung von heute den Haß der Unternehmer zuziehen und den Gewerkschaften den sozialdemokratischen Stempel aufdrücken. Die Stimmen der Christlichen würde die Arbeiterpartei schwerlich bekommen, da dieselben nur denjenigen die Stimme geben dürfen, welche für die christliche Weltanschauung eintreten, und das könnte die Arbeiterpartei nicht. Wie die christliche Weltanschauung aussieht, für welche bei den Wahlen eingetretet werden soll, ersehen wir aus einem Erbauungsbuch für christliche Arbeiter:

Die Obrigkeit, die Vorgesetzten, die Regenten sind von Gott eingesetzt. Jeder, der Macht und Ansehen hat, der das Recht besitzt, über andre zu befehlen, andern etwas vorzuschreiben oder aufzuerlegen, hat diese Macht, dieses Ansehen, dieses Recht nicht ohne den Willen, ohne die Zulassung Gottes, denn Gott regiert alles. Diese Ehrfurcht fordert von uns, daß wir den Obrigkeiten untertan sind. Gibt es nicht Menschen, welche in nichts andern Vergügen finden, als ihre Vorgesetzten zu tadeln, ihre Verirrungen auszuspaunnen, ihre Handlungen zu bespötteln, ihre Schritte zu verächtigen? Müßte jede Widersprechlichkeit, jeder Troß, jedes Murren unter den Menschen aufhören, müßte doch jeder Untergebene es einsehen, daß Gehorsam gegen seine Vorgesetzten sein schönster Schmuck, seine schönste Fierde sei. Arbeit und Mühe, und zwar unausgesetzte Arbeit und Mühe, ist das große Gesetz des Lebens, und von ihm kann es keine Ausnahme geben. Und wenn selbst ein größeres Maß von Arbeit und Mühe die Befrieden wäre und ein größeres Kreuz auf die Lüge als auf hundert andern, weißt du nicht, daß die kurzen und vergänglichen Anstrengungen und Beschwerden dieses Lebens dir einen ewigen und überschnenlichen Lohn erwerben?

So erzieht das Christentum seine Anhänger, und die Zahl derjenigen, die sich an dem Worte Sozialismus stoßen, ist noch sehr groß unter ihnen.

Also auch diese Gewerkschaftspartei würde keine einheitliche Arbeiterbewegung zustande bringen. Göchrens Verwirrung. Kollege Reghäuser hat sehr eingehend geschildert, wie unmöglich es ist, als Gewerkschaftler mit dem ersten Teile des sozialdemokratischen Programms zu arbeiten; nun gut, der zweite Teil ist gut, also arbeiten wir mit dem, und die Partei wird sich, wie stets, so auch in Zukunft mit an die praktische Arbeit halten und Gegenwartsarbeit verrichten. Das von Reghäuser erwähnte Parteiinteresse, welches über die Arbeiterinteressen gestellt wird, trifft nicht zu, sonst hätte wohl Reghäuser

bessere Beweise gebracht als die Vizepräsidentenfrage, durch die doch wahrlich die Interessen der Arbeiter nicht geschädigt würden. Wie wirklich Parteiinteresse über die Arbeiterinteressen gestellt werden, ersehen Sie am besten aus der Nr. 8 des „Korrespondenzblatt“. Allerdings waren das Zentrumsleute und keine Sozialdemokraten, die so arbeiterverräterisch handelten. Ich will den Fall hier nicht schildern, aber ich meine, der „Korr.“ hätte diesen Artikel von Hue auch mal besprechen können, da es jedenfalls auch unsre Zentrumskollegen interessiert, was ihre Partei für Fehler hat, wie ihre Partei das Interesse der Partei über die Arbeiterinteressen stellt.

Würde die Sozialdemokratie außerstande sein, die Interessen der Gewerkschaften genügend wahrzunehmen, hätte wohl auch der von Reghäuser so oft zitierte Genosse Reichstagsabgeordnete Hue schon Worte der Mißbilligung gefunden. Jedoch in der Nr. 8 des „Korrespondenzblatt“ schreibt er:

Meine Auffassung von dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien darf ich als bekannt voraussetzen. Nachdem ich nun jahrelang der sozialdemokratischen Fraktion angehöre, kann ich nur aus intimster Erfahrung sprechen, wenn ich sage, daß ich bei allen Aktionen unsrer Fraktion noch niemals in Konflikt mit meiner Pflicht als Gewerkschaftler gekommen bin.

Breslau. U. Steinbrecher.

Erklärung.

Die vorstehenden Ausführungen müßten mich veranlassen, ganz energig eine Reihe willkürlicher Behauptungen, die man gewaltsam mit Zitaten aus meinen früheren Reden oder Artikeln zu belegen versucht, zurückzuweisen bzw. richtig zu stellen. Ich unterlasse das, weil ich keine der gegen mich resp. meine Artikelreife gerichteten Ausführungen polemisch behandeln will. Die Kollegen sollen unbeschadet ihre Meinung zum Ausdruck bringen, und es braucht sich deshalb niemand Zwang aufzulegen, ob er nun jauchlich oder persönlich mich „widerlegen“ will. Ich sage das für alle bisher erschienenen und noch erscheinenden Artikel. Das letzte Wort in der Sache selbst hat die Kölner Generalversammlung.

A. Reghäuser.

Ein Paroli.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, Nr. 6 (23. März), beschäftigt sich in einer längeren Polemik, die zum Schluß in eine Anpreisung des Gutenbergsbundes ausläuft, außer der Person des Kollegen Dahl auch mit meiner Person und meinen Ausführungen auf der Generalversammlung des Bundes in Halle a. S.

„Bunkstuch“ muß ich im Namen aller beteiligten Kollegen die Verwahrung einlegen, daß in unsern Reihen anarchistische Parteigänger oder Vertrauensmänner gewesen seien; wir müssen eine derartige Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurückweisen, von der wir nur annehmen können, daß sie aus Unkenntnis der Sachlage hervorgegangen ist, um keinen schärferen Ausdruck zu wählen.

Die im vergangenen Jahr und neuerdings erfolgten Austritte waren eine Folge der gewerkschaftlichen und politischen Gegner der christlichen Gewerkschaften. Wie oft soll das noch gesagt werden! Gewerkschaftlich insofern, als die ausgetretenen Kollegen es ablehnten, dem einen Sonderstandpunkte des Bundes noch einen zweiten, den christlich-gewerkschaftlichen, hinzuzufügen; diese Meinung haben noch hunderte von Bundesmitgliedern. Die Kollegen wollen eher die Bruderhand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ergreifen als die der christlichen Gewerkschaften.

In politischer Beziehung sei die eigenartige Weltanschauung der christlichen Gewerkschaften ausschlaggebend gewesen, die zwischen dem religiösen (christlich) und politischen (national) hin- und herpendele. Den betreffenden Kollegen ist es bewußt, daß politisch nur Zentrum Trumpf sei, und daher lehnten sie es ab, eine derartige Schaupolitik auf die Dauer zu unterstützen; sie sind vielmehr der Ansicht, daß nur eine reine Massenpartei dem Arbeiter helfen kann, nach dem Grundsatz: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Dann zitiert das Zentralblatt meine „Schluß“-ausführungen, während es die andern umgeht, um so einen Ebnungswechsel zu konstruieren, der in Wirklichkeit nicht besteht, da ich von Anfang an einer der schärfsten Gegner des Anschlusses war. Ich habe es gar nicht nötig, ebenfalls zu zitiieren; wenn man sich an das vom Zentralblatt schon zitierte hält, genügt es schon, sich ein Bild zu machen; aber das müssen wir verlangen, daß eine einseitige Weltanschauung uns das Mitarbeiten an der Bundesfahne verleihe.“ Denn hier liegt gerade der Hake im Pfeffer; so behauptet auch das Blatt, es wäre keine Preisgabe meiner Weltanschauung (die demokratisch ist) verlangt worden. Diese elende Heuchelei. Die Herren Goffsch, Wallhorn und andre haben nicht oft genug verlangt können, wir sollen die Konsequenzen aus unsrer Weltanschauungsweise ziehen. Im übrigen hat mir ja auch Generalsekretär Stegerwald persönlich in Halle gesagt, daß die sozialdemokratischen Organisierten oder Parteigänger am liebsten aus dem Bund austreten müßen; das deckt sich auch mit einem Artikel des Zentralblattes (Nr. 6 vom 25. März 1907) mit der Überschrift: „Nach der Reichstagswahl“, in dem mörtlich geschrieben steht: „Denn politisch sich zur Sozialdemokratie bekennen und

etwa gleichzeitig einer christlichen Organisation angehören, ist ein Unding."

Wie aber noch jetzt gegen die Gegner des christlichen Anschlusses gearbeitet wird, das beweist ein Vorkommnis aus der letzten Zeit innerhalb des Bundes. Im Hauptvorstand ist der Posten eines zweiten Schriftführers freigeworden; als der Kollege Bachmann (Gegner des Anschlusses) dazu vorgeschlagen wird, meldete sich der Obmann der Vertrauensmänner des Ortsvereins Berlin und sprach gegen den Vorgesetzten, weil derselbe Gegner des christlichen Anschlusses sei.

Wie steht nun der „geistreiche“ Polemiker des Zentralblattes da? Diese Antwort überlasse ich dem Leser dieser Seiten.

Über an alle diejenigen Kollegen, die noch nicht gänzlich christlich vergewerklicht sind, die noch an die Ideale einer freien Gewerkschaftsbewegung glauben, denen noch nicht der Sinn abhanden gekommen ist, daß wir alle zusammengehören, der ziehe seine Konsequenzen aus dem Dargelegten und vorwärts — hinein in den Verband der Deutschen Buchdrucker.

Berlin. G. Wächner.

Korrespondenzen.

Bt. Berlin. (Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.) In der am 22. März abgehaltenen Vereinsversammlung hielt der Kollege Albrecht Fülle einen Vortrag über „Die Grenzen der gewerkschaftlichen Neutralität“. Der Kollege betonte gleich anfangs seines Vortrags, daß es nicht etwa seine Absicht sei, in eine Polemik gegen die eben im „Korr.“ beendete Artikelserie über „Gewerkschaftliche Neutralität“ einzutreten, vielmehr seien seine Untersuchungen über dieses Thema älteren Datums und stammen vornehmlich aus der Zeit, wo der gewerkschaftlichen Neutralität, oder richtiger: der Lösung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie, von Leuten wie Dr. Freund, Professor Sombart und anderen das Wort gegeben wurde. Unter Anführung eines reichhaltigen Satzpendenmaterials wendete sich Redner mit großer Entschiedenheit gegen diese Neutralitätsbestrebungen, die letzten Endes darauf hinauslaufen müßten, daß die Arbeiter gezwungen wären, ihren Emanzipationskampf immer wieder von neuem zu beginnen, weil nur in der Verwirklichung des sozialistischen Endzieles auf wirtschaftlichem Gebiete dem Arbeiter sein Recht werden könne. Die Forderung Reghäußers, die Partei möge den ersten Teil ihres Programms fallen lassen, sei — höflich ausgedrückt — undistabel. In der Geschichte der englischen Trade-Unions habe man die Früchte einer Nuegewerkschaftspolitik zur Genüge kennen gelernt. Redner trat mit großer Wärme für ein inniges Handinhandarbeiten mit der Partei ein und trug die von ihm im Jahre 1901. aufgestellten und verteidigten Thesen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft vor; die sich in ihrem Hauptinhalte mit dem oben, was in dieser Hinsicht der Stuttgarter internationale Arbeiterkongreß beschlossen habe. Dieser Beschluß müßte auch für die Buchdrucker Geltung haben. Die Buchdrucker dürften bei aller Wahrung ihrer organisatorischen Selbstständigkeit nicht als Eigenbröddler beiseite stehen in dem gewaltigen Ringen der gesamten Arbeiterklasse mit dem gemeinsamen Feinde, dem Kapitalismus. Der Redner war hier mit seinem Vortrage zu Ende, und wurde ihm von seiten der Mitglieder, welche seinen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gefolgt waren, reichlich Beifall gesendet. Als Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung wurden die Kollegen Schellbach und Reichmann aufgestellt.

Dresden. Am 21. April begehren der Korrektor August Hentschel und der Schriftfeger Oswald Schubert in der Buchdrucker- und Dr. Günthers Stiftung (früher C. Blochmann & Sohn) das 50jährige Berufsjubiläum.

Düsseldorf. Hier fand am 5. April eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte; etwa 400 Kollegen waren erschienen. Dies erklärte sich durch den auf der Tagesordnung stehenden Vortrag: „Gutenbergrbund und Verband der Deutschen Buchdrucker“, den unser Vorgesetzter Graßmann übernommen hatte; ferner auch durch die den Kollegen bekanntgegebene Tatsache, daß der „große“ Agitator des Gutenbergrbundes, Herr Felder aus Köln, schriftlich zu der Versammlung eingeladen war. Der Herr hatte jedoch den bessern Teil der Tapferkeit erwählt, er war nicht erschienen. Der Leiter der Versammlung, Kollege Born, gab in der Einleitung die Entstehung der Versammlung bekannt. Vor kurzem war nämlich hier von christlicher Seite versucht worden, den Boden vorzubereiten für die Gründung eines „feinen“ Ortsvereins des Gutenbergrbundes. Man hatte im christlichen „Paulushaus“ eine Besprechung veranstaltet, von der jedoch unsere Kollegen Kenntnis bekamen und natürlich zahlreich erschienen, da sie sich für den Zweck dieser Besprechung lebhaft interessierten. Es wurde jedoch nur ein Teil unserer Mitglieder eingeladen, und als sich Kollege Born, der ebenfalls nachträglich Zutritt fand, in der Diskussion zum Worte meldete, wurde ihm das Wort nicht erteilt, da er den Vortrag des Herrn Felder nicht gehört habe. Er verließ darauf mit unsern Kollegen das Lokal und ganze sechs bis sieben Mann blieben zurück. Natürlich waren die christlichen Herren erbot darüber, daß sie keine Zuhörer mehr hatten und riefen unsern Kollegen: „Ihr Feiglinge“, nach, worauf ihnen zugerufen wurde, daß wir ihnen Gelegenheit geben würden, in öffentlicher Versammlung Rede und Antwort zu stehen. Herr Felder war, wie schon erwähnt, nicht erschienen.

Kollege Graßmann beleuchtete den Gutenbergrbund von allen Seiten, seine Gönner dabei gebührend berücksichtigend. Weiter ging der Redner auf die Kampfweise der christlichen Agitatoren und Presse ein, speziell der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, und meinte, man verleihe allmählich die Luft, diese Gegner ernst zu nehmen. Ferner führte er ein Zitat aus Nr. 13 des „Typograph“ an zur Probe des „guten Tonens“, der in dem Wate herrsche. Es werde da die Verbandsmitglieder u. a. als „Wölfe mit Lämmerhäuten“ bezeichnet. Das Geschrei der christlichen Gegner über „Terrorismus“, der dadurch ausgeübt sein solle, daß einzelne Kollegen, wie Weddemann usw., wegen ihrer Zugehörigkeit zu katholischen Vereinen ausgeschlossen seien, sei unzutreffend. Diese Ausschüsse sind nur erfolgt, weil die Betreffenden für die christlichen Gewerkschaften agitiert haben. Neuerdings verjuche man, die Verbandsmitglieder in den kleineren Druckorten, u. a. links vom Rhein und im Münsterland, in stichtiger und religiöser Beziehung in der unglücklichsten Weise zu beeinflussen, dem Verbands den Rücken zu kehren und in den Gutenbergrbund überzutreten; bisher haben unsere Kollegen in anerkennenswerter Weise dieses zurückgewiesen. Wenn die Kampfweise der Christlichen aber derart weitergeführt werde, würden wir gezwungen sein, aus unserer vornehmen Reserve herauszugehen und gegenüber einem solchen Gegner andre Maßregeln ergreifen und ihm zeigen, daß auch wir Haare auf den Zähnen haben. Kollege Graßmann erteilte für seine trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall. In der Diskussion sprach zuerst Kollege Albrecht (Dortmund), der anlässlich einer Spartenversammlung herüber gekommen war. Mit dem Worte „christlich“ werde vom Gutenbergrbund und seinen Freunden Unjug getrieben. Der Gutenbergrbund habe sich in der Vergangenheit und in der Gegenwart als eine Organisation erwiesen, die wir in keinem Fall als existenzberechtigt anerkennen können. Kollege Born führte die Terrorismusgeschichte der Christlichen in Reuß an, wie von dieser Seite unsere Kollegen dem Staatsanwalt wegen lächerlicher Kleinigkeiten denunziert worden seien, worüber sich selbst die dortige Polizei gewundert habe. In einer Zentrumsdruckerei in Reuß wurden Verbandsmitglieder entlassen und Gutenbergrbündler dafür eingestellt. Auch in Düsseldorf habe man versucht, Verbandsmitglieder durch geschäftliche Beeinflussung dem Gutenbergrbunde zuzuführen. Kollege Strowitzki (Köln), der gleichfalls herbeigeleitet war, schilderte aus persönlicher Erfahrung, wie man von katholischer Seite gegen ihn gehandelt habe, weil er dem Verbands treu bleibe. Er habe sich für den Windthorshof und die Zentrumsparke betätigt, für letztere durch Referate. Man habe ihn nicht mehr als Vorstandsmitglied des Windthorshofbundes in Betracht gezogen, weil er öffentlich für den Verband, eine freie Gewerkschaft, aufgetreten sei. Felder habe behauptet, daß Herr Theising in Köln, der Verleger des „Heiligeren“ „Wirtschaftlichen“ „Struells“, neuerdings auf Veranlassung des Gutenbergrbundes den Tarif eingeleitet habe. Herr Theising hat aber schon 1903 auf Ehrenwort erklärt, daß er den Tarif einhalte. Also entweder habe Herr Felder die Unwahrheit gesagt oder aber Herr Theising habe sein Ehrenwort nicht gehalten. Ein Mitglied des Gutenbergrbundes sei aus der Druckerei von Theising in die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ gekommen und wäre dann schließlich bei Reismann-Grone gelandet. Strowitzki schloß mit der Versicherung, daß man seiner christlichen Anschauung bisher im Verbands nichts in den Weg gelegt habe. Dann kam ein christlicher Metallarbeiterführer von hier, Herr Zobris, zum Worte. Dieser Herr kam auf die Versammlung im „Paulushaus“ zurück, ludte dem von Felder gebrauchten Ausdruck „Feigheit“ einen andern Sinn zu geben, und war so „anständig“, dem Kollegen Born das Wort „Lüge“ zuzurufen. In die parlamentarischen Schranken zurückgewiesen, drückte er sich etwas milder aus. Er suchte die Behauptung, daß der Verband nicht neutral sei, dadurch zu beseitigen, daß in Wenden i. W. eine Gewerkschaftsversammlung stattgefunden habe, die ein Buchdrucker geleitet und in welcher ein Metallarbeiter kurz über ein gewerkschaftliches Thema, dann über die sozialdemokratische Bewegung und über die Reichstagswahl gesprochen habe. Auch das mußte herhalten, daß der hiesige Buchdruckerangereiner Gutenbergr Mitglied des Arbeiterfängerbundes Rheinland geworden ist und daß auf dem hiesigen Gewerkschaftsfest im vorigen Sommer verschiedene Proschüren und Zeitschriften feilgeboten wurden. Der christliche Herr erteilte für seine Rindereien nur die gebührende Hoiterkeit. Danach sprachen noch die Kollegen Weitzkopf, Pütz und Sieberts, ferner nochmals der Kollege Strowitzki, worauf Kollege Graßmann das Schlußwort erhielt. Er wies den von den Christlichen dem Kollegen Schorck gemachten Vorwurf der Feigheit zurück und betonte, daß Kollege Schorck nicht daran denke, die den christlichen Herren in M. Gladbach zugelegte Auseinandersetzung in öffentlicher Versammlung zu schenken. Der Vortrag werde gehalten. Weiter wies er noch nach, daß auch der „neue“ „christliche“ Gutenbergrbund Beweise von Arbeiterverrat erbracht habe. Mit einem begeißelt aufgenommeneu Hoch auf den Verband wurde die imposante Versammlung geschlossen. — Der christliche Metallarbeiter äußerte nachher zu einigen Kollegen in bestimmter Weise, daß in einem halben Jahr auch in Düsseldorf ein Ortsverein des Gutenbergrbundes bestehen werde. Da es wahrscheinlich ist, daß man es auf christlich denkende Kollegen im Verband abgesehen hat, ersuchen wir unsere Mitglieder, die Augen offen zu halten und der zerplitternden Tätigkeit der Gegner ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Der Platz jedes ehrlich denkenden Kollegen kann nur im Verbands sein.

Halberstadt. Unsere erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 5. April im „Hotel goldener Hirsch“ in Bernigerode statt. Diefelbe hatte sich einen guten Besuch zu erfreuen, und zwar waren erschienen aus Braunlage 2, Halberstadt 39, Yenburg 1, Oßersleben 6, Ostermie 27 und Bernigerode 29, insgesamt 105 Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des jüngst verstorbenen Kollegen Eißler und ehrte die Versammlung dessen Anbenken durch Erheben von den Sigen. Der Bezirksleiter Kruse gab sodann einen kurzen Bericht über die am 1. März in Halle abgehaltenen Bezirksvorsteherkonferenz, worauf aus den einzelnen Orten Mitteilungen entgegengenommen wurden. Da jedoch der Gaubericht gedruckt vorlag, so erlirigte sich eine ausführliche Berichterstattung. Erwähnt sei hier noch, daß der Bezirk gegenwärtig 170 Mitglieder zählt, welche alle in tarifreuen Geschäften konditionieren. (Die Einzelheiten der Tarifbefürhungen im Bezirk im Vorjahre sind bereits durch die beglückigen Ortsvereinsberichte veröffentlicht.) Als Referent zu dem Vortrag: „Unsre bevorstehende Generalversammlung“, war der Gauvorsteher Gabriel (Halle) genommen, welcher in einfindiger Rede die gegenwärtige Situation im Verbandsleben behandelte und den Mitgliedern hier und da andeutete, wie hoch ungefähr die Erwartungen an die Generalversammlung in Köln gestellt werden können. An der sich anschließenden längeren Aussprache beteiligten sich die Kollegen Fad (Halberstadt), Gille (Ostermie) und Hesselebarth (Bernigerode). Nach einem Schlußworte des Referenten wurde als Delegierter zur Generalversammlung Kollege Kruse (Halberstadt) vorgeschlagen. Die Beratung der eingegangenen Anträge zum Gautag in Halle nahm dann die Versammlung längere Zeit in Anspruch. Nachdem zwei von Bernigerode gestellte Anträge als erledigt betrachtet wurden, gelangte nachstehender schließlich zur Annahme: „Die Deckung der Kosten für Veranstaltungen gelegentlich Bezirkszusammenkünfte sind von der Gaukasse zu bestreiten.“ Hiermit wurde zur Aufstellung der Kandidaten zur Gautagsdelegiertenwahl geschritten, wogu acht Kollegen vorgeschlagen wurden, von denen vier zu wählen sind. Als nächster Versammlungsort wurde Halberstadt bestimmt. Mit einem Hoch auf den Verband erreichte dann die Versammlung ihr Ende. — Die vom Ortsvereine Bernigerode gelegentlich dieses Buchdruckerzusammentreffens gemachten Veranstaltungen können als gelungen bezeichnet werden. In aller Fröhe wurden die von auswärtig eintreffenden Kollegen nach der herrlich gelegenen „Walburg“ geführt, von wo aus man einen schönen Rundblick auf den Harz mit dem Brocken genießt. Nach Beendigung der Versammlung fand noch im „Goldenen Hirsch“ ein Kommerz statt, bei welchem der Buchdruckerhumor so recht zum Ausbruche kam. Die wenigen Stunden, gewürzt durch Gesangsvorträge der Halberstädter Kollegen, gemeinschaftliche Nicker und sonstige Einzelbarbieutungen, verstrichen gar zu schnell, und nur zu früh ernahte der Kommerzleiter, Kollege Hesselebarth (Bernigerode), die auswärtigen Teilnehmer zum Aufbruche, nochmals aufzufordern, fest zum Verbands zu stehen.

Ludwigshafen. Die am 5. April stattgehabte außerordentliche Bezirksversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Besprechung der Anträge zum Gautag in Kaiserslautern und der Verbandsgeneralversammlung in Köln. Unter den zum Gautage gestellten Anträgen ist wohl diesmal am wichtigsten die Anstellung eines besoldeten Gauverwalters für den Gau Mittelrhein. Das hierzu vom Gauvorstande vorgelegte Regulatorium wurde eifrig für und wieder debattiert. Im allgemeinen war man mit der Anstellung eines besoldeten Verwalters einverstanden, da sich die Geschäfte auf die Dauer nicht mehr im Nebenamte erledigen lassen. Auch zu den übrigen Anträgen: Abänderungen im Statut, Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen, Besprechung der Tagesordnung zur Verbandsgeneralversammlung usw., wurde den Delegierten freie Entscheidung gelassen, hoffend, daß sie bei den einzelnen Punkten in richtiger Würdigung derselben ihre Stimmen abgeben und nur das Beste für unsern Gau dabei im Auge haben. Die Namen der Delegierten sind bereits unter „Verbandsnachrichten“ veröffentlicht. Sodann wurden die zur Verbandsgeneralversammlung veröffentlichten Anträge zur Besprechung gestellt. Der Vorsitzende hatte die wichtigsten derselben herausgenommen und in zusammenfassender Übersicht über dieselben referiert, dabei berücksichtigend, wieweit dieselben Aussicht auf Verwirklichung haben oder nicht. In der Diskussion trat ein Redner für Errichtung einer Verbandsdruckerei ein und begründete die Existenz einer solchen damit, daß die Masse der Drucksachen, die unser Verband im Jahre gebraucht, in Verbindung mit der Herstellung des „Korr.“ wohl ausreichend sei, eine eigene Druckerei lebensfähig zu erhalten. Bezüglich der Erhöhung der Unterstufungen stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß solche nur eingeführt werden sollten, wenn sie im Rahmen des jetzigen Beitrages möglich seien; eine weitere Erhöhung des Beitrages sei nicht zu empfehlen, da sie zur Gewinnung neuer Mitglieder nur hinderlich sei. Von einem Redner wurde auch die Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ scharf kritisiert, während andre dessen Ausführungen entgegentraten und die Anschaffung der Reghäußerschen Proschüre empfahlen. Auch hier wurde zum Aufbruche gebracht, daß man den Delegierten zur Generalversammlung bezüglich ihrer Stellungnahme freie Hand lassen solle. Es wurde noch Bericht über die in der letzten Zeit vor dem Tarifschiedsgerichte verhandelten Klagen erstattet. Hierbei verdient besondere Erwähnung die Firma Alfred Kay (Druckerei des Arbeitgeberverbandsorgans) in Mannheim, für welche das Schiedsgericht am meisten in Anspruch genommen wird. In dem betreffen-

den Falle klagte ein Gehilfe auf Auszahlung eines Wochenlohnes für vorzeitige Entlassung. Die Firma hatte nun an dem Abend, an dem das Schiedsgericht zusammentrat, den eingeklagten Betrag zur Auszahlung eingekassiert. Hierdurch machte sich eine Verhandlung überflüssig. Dadurch aber, daß die Firma den eingeklagten Betrag einsandte, gab sie doch zu, daß sie im Unrechte war. Warum ließ sie es nun aber erst zur Zusammenkunft des Schiedsgerichtes kommen, wenn sie von ihrem Unrecht überzeugt war? Die Verammlung erblickte in einem solchen Verhalten eine Verhöhnung des Schiedsgerichtes, indem sie zum Ausdruck brachte, daß nur in den Fällen, in denen es zweifelhaft ist, auf welcher Seite das Recht liegt, eine Anrufung des Schiedsgerichtes notwendig sei. Daß in diesem Falle bei der Firma jedoch keine Zweifel obwalteten, beweist, daß sie den Betrag einsandte; denn gerade die Firma muß hätte es sicher zur gerichtlichen Entscheidung kommen lassen, wenn sie auch nur die allergeringste Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 47 Kollegen aus Ludwigshafen und 16 aus Frankenthal.

München. Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich u. a. auch mit der Tagesordnung zur Generalversammlung. Mit Rücksicht auf die eingetretene Verteuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse stimmte die Versammlung den Anträgen zu, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze bezwecken, mit Ausnahme der Krankenunterstützung, und erklärte sich mit einer entsprechenden Erhöhung des Beitrags einverstanden. Betreffs der Krankenunterstützung wurde der Standpunkt vertreten, die Kollegen in den einzelnen Orten möchten dahin streben, die Ortskrankenkassen leistungsfähiger zu gestalten, den Verband aber mit einer Erhöhung dieses Unterstützungszweiges nicht noch mehr belasten. Weiter erklärte die Versammlung sich mit der Haltung des „Korr.“ einverstanden und empfahl die Wiederwahl des Kollegen Reghäuser.

Rundschau.

Ferien! Die Firma Fr. H. Illersberger, G. m. b. H., („Seebote“) in Überlingen bewilligt ihrem Personal einen Erholungsurlaub von einer Woche. — Weiter hat das Papierverarbeitungswerk „Secare“ in Ucu. i. Erg. seinen Angestellten vier, sechs und acht Tage Urlaub gewährt. — Memmingers Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Würzburg hat als erste Firma am Ort ihrem Personal nach dreijähriger Beschäftigung zwei, drei bzw. sechs Tage Urlaub bewilligt.

Gehilfenprüfungen fanden weiter statt in Altona. 22 Seherlehrlinge hatten sich gemeldet, von denen die Note „Sehr gut“ 5, „Gut“ 15 und „Genügend“ 2 erhielten. Von Druckerlehrlingen lag keine einzige Meldung vor. — Zur Prüfung in Weimar hatten sich außer genannten Orte Prüflinge aus „Wolfsb.“ und „Waldenb.“ eingetragen lassen. Im Praktischen wurde die Prüfung „Gut“ achtmal, „Genügend“ einmal erteilt, im Theoretischen dreimal „Gut“ und sechsmal „Genügend“.

Zur Auflösung des bündlerischen Ortsvereins in Weisenfels wird uns geschrieben: Daß in Weisenfels etwas in der Luft lag, war schon längst eine bekannte Tatsache, denn der Stamm des Weisenfeler Ortsvereins des Gutenbergbundes drohte umzufallen. Vor kurzer Zeit zeigten nun mehrere Mitglieder ihren Austritt aus dem Bund an. Das war das Signal zum Umsturz, und es dauerte auch nicht lange, so zeigten die Bündler dem Vorstande des Verbandesortsvereins an, daß sie zwecks Übertritts in Unterhandlungen treten wollten — und binnen kurzem war der gesamte Weisenfeler Ortsverein des Gutenbergbundes von der Bildfläche verschwunden. Als diese neue Hiobsbotschaft nach Berlin an den Hauptvorstand des Bundes gelangte, muß das wie ein Blitz aus heiterm Himmel gewirkt haben. Der Telegraph hat jedenfalls sofort nach Halle gespielt, denn schon am Sonntag, den 5. April, also gleich nach dem Ereignis, erschien der bündlerische Kreis- und Bezirksvorstand in Weisenfels, um noch zu retten, was zu retten war. Die Herren kamen aber zu spät. Sie suchten zwar fast einen jeden einzeln in der Wohnung auf, fanden aber meistens niemand zu Hause, und diejenigen, welche sie daheim antrafen, suchten sie über die jetzige Lage des Bundes aufzuklären; sie kamen aber dabei an die falsche Adresse. Ja, man machte der halbeschweren Rettungsmanufaktur sogar den Vorwurf, daß keine Hilfe von Halle erbeten wäre. Die Überlebenden hätten sich bei Schritt reichlich überlegt und wären sich schon längst darüber im Klaren, daß eine Organisation wie der Bund, der nicht mehr auf seinen eignen Füßen stehen kann, ihnen nichts mehr nütze. So blieb dem wohlweisen Kreis- und Bezirksvorstande nichts weiter übrig, als unverdächtigster Sache den heimatischen Benoten mit langer Nase wieder zuzukauern. Wie der Hauptvorstand des Bundes seine Mitglieder an der Nase herumführt, ist einfach nicht zu glauben. Man hat nämlich plausibel zu machen versucht, daß die dortige „Zeitung“ „Druckerei, eine der bestfundamentierten Firmen am Orte, in der ausschließlich nur Bundesmitglieder standen, eingegangen sei. Der Bund versucht eben mit allen Mitteln seine Mitglieder über die wahren Tatsachen hinweg zu täuschen; aber es nützt alles nichts, es steht halm, sehr halm mit dem Bunde. Das beweist auch der Übertritt des gesamten Ortsvereins Weisenfels, der fast ausschließlich aus älteren Mitgliedern bestand, die dem Bunde seit seiner Gründung angehört.

Wie der Gutenbergbund tariffrei wird, nämlich durch Hineinziehen seiner Mitglieder in tariffreie Druckereien der Großstädte, dafür wird uns wieder ein

Beweis geliefert von Köln aus. Ein Bündler erhielt vor vier Wochen die Kündigung. Schon einige Tage danach erzählte er gesprächsweise, daß er eine neue Stelle habe, und zwar durch Vermittlung des Bundes bei der „Westdeutschen Arbeiterzeitung in M. Gladbach!“ Weshalb dennom der betreffende Gehilfe damit, daß er eine derartig schnelle Arbeitsvermittlung nur dem Bunde zu verdanken habe. Wiederum einige Tage später erklärte er, daß der Bund es sich mit seiner Stellung anders überlegt habe. Er gehe jetzt nicht nach M. Gladbach, sondern nach Essen zu Reismann-Groene. Der betreffende Gehilfe behauptete auch, daß es überhaupt leicht wäre, durch den Bund Stellung zu bekommen. Trotz alledem behauptet aber der „tariffreie“ Gutenbergbund, er habe keine Arbeitsnachweise.

Zwei mal zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde innerhalb einer Woche der Redakteur des „Norddeutschen Volksblatt“ in Vant.

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Münster erhielten die freien Gewerkschaften 619 Stimmen, die christlichen 991; bei der Wahl 1905 die „Freien“ 681, die „Christlichen“ 1166. Der Stimmenrückgang ist auf die schlechte Konjunktur im Waageverbe zurückzuführen. Wenn man berücksichtigt, daß die freien Gewerkschaften in Münster verhältnismäßig mehr leiden als die christlichen, so bedeutet das Wahlergebnis für unsre Gewerkschaften einen bedeutenden Fortschritt.

Ein Arbeitersekretär wird zum 1. Juli nach Mülhausen i. E. verlangt. Anfangsgehalt 2000 Mk. Bewerbungen bis 20. April an Joseph Dross, Eintrachtsplatz 12, II.

Die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter in Preußen ist im Jahr 1907 auf 3069498 gestiegen; gegenüber dem Vorjahre hat sie einen Zuwachs von 83325 Köpfen erfahren. Dieses Arbeiterheer verteilt sich auf 141999 (im Vorjahr 35369) Fabriken, gewerbliche Anlagen, Werkstätten usw. 2,27 Millionen davon waren erwachsene männliche Arbeiter, 563000 weibliche Arbeiter. Von den letzteren waren 237000 im Alter von 16 bis 21 Jahren, 326000 über 21 Jahre alt. Jugendlichen Arbeiter (14 bis 16 Jahre alt) wurden rund 225000 beschäftigt, davon 150000 männliche und 75000 weibliche, Kinder unter 14 Jahren 3060, darunter 1900 Knaben und 1160 Mädchen. Im Vergleich zum Jahr 1906 ist die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter um rund 49000, die der weiblichen Arbeiter um 24700, die der Jugendlichen um 8792 und endlich die der Kinder um 714 gestiegen. Von den sämtlichen Betrieben wurden 49,2 Proz. revidiert. In diesen revidierten Betrieben befanden sich 92,3 Proz. der gesamten Arbeiterschaft. Die Organisation des Gewerbeaufsichtsdienstes ist, von kleinen Verstärkungen abgesehen, unverändert geblieben. Es sind zusammen 267 Beamte vorhanden, darunter 31 Regierungs- und Gewerbeärzte, 146 Gewerbeinspektoren, 156 Hilfsarbeiter und 4 Hilfsarbeiterinnen; davon 3 in Berlin und eine in Münden-Glabach. Vom 1. April 1908 treten hinzu: ein Regierungs- und Gewerbeamt, fünf Gewerbeinspektoren (je einer für Groß-Nichterfelde Berlin NO, Müstlin, Witterfeldt und Köln Süd), ein Hilfsarbeiter (für Berlin O) und eine Hilfsarbeiterin für Breslau I.

Briefkasten.

M. B. in Leipzig: Besten Dank für kollegiale Unterstützung; wir denken aber, daß es Zeit wäre, im „Korr.“ in der beregten Frage allmählich zu Rande zu kommen. — J. D. in Hagen i. W.: Kann nicht ausgeschlossen werden; übrigens ist das nicht Ihre, sondern Sache des Vorstandes, diesen Vorgang rein privater Natur eventuell zu einer Verbandsangelegenheit zu machen. Das Gewerkschaftsamt schaltet hierbei ganz und gar aus. — E. E. in Kasse: über diese Angelegenheit gibt Ihnen am besten Auskunft das Arbeitersekretariat in Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — G. H. in Glogau: Über lieber Freund, lassen Sie doch den Stoff die Wahrheit umbringen, so viel er will. Glauben Sie denn, daß der Mann sich nur in geringsten daran kehrt, wenn Sie ihm seine Tatsachenschilderungen vorhalten? Das hätte allenfalls im „Typograph“ Zweck in Form einer preßgesetzlichen Verichtigung. — J. H. in Koblenz: Wir sind nicht instande, den Namen des dortigen Verkehrswirtes zu lesen und bitten darum um nochmalige deutliche Schreibung. — P. C. in S.: Bezüglich der anderen Angelegenheiten wollen Sie sich an den Gauvorstand wenden. — G. H. in Glogau: 4,05 Mk. — X. in Kassel: Besten Dank für Zusendung des f. d. Blattes, dessen „sachlicher“ auf uns bezüglicher Inhalt das Vermögen des Schreibers erkennen läßt, seine als Volksvertreter gewonnene „Erbung“ auch zu verwerten. Nicht abgeneigt, daß dem Menschen nach der Generalversammlung in einer Buchdruckerversammlung in Kassel Gelegenheit gegeben wird, mit seiner Weisheit im Vorsein i. S. auszusprechen. Inzwischen lassen wir den Herrn ruhig weiter für ein „inniges Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften“ wirken, wozu gerade der Sch; hervorragend qualifiziert ist. — W. D. in Mannheim: Von solchen Jubiläen nimmt der „Korr.“ keine Notiz. — B. C. in Dresden: Sie müssen zum Zwecke der Aufnahme die Bestätigung durch den Gauvorstand erbringen.

Verichtigungen: In Nr. 42 muß es in dem ersten Artikel „Die Agitationskommission“ auf der zweiten Seite, mittlere Spalte, Zeile 4 heißen: auf uns, „lastenden“ Gefühle, nicht „beistehenden“ Gefühle, und Zeile 17 von unten: „ideellen“ Ergründungen, nicht „individuellen“. — Auch in dem Artikel „Wahre Neutralität“ in Nr. 41 hat sich auf der zweiten Seite ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es ist dort auf der zweiten Seite, Spalte 1, Zeile 11 statt „Anarchist“, „Anti-

christ“ zu lesen. Unfre werten Leser müssen jetzt derartige unliebsame Vorfälle mit den außerordentlichen Verhältnissen entschuldigenden, die momentan bei der Expedition wie Redaktion des „Korr.“ herrschen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13. I. Fernsprechnr. VI, 1191.

Gau Mittelrhein. Sonntag, den 10. und Montag, den 20. April, findet im „Café Karlsberg“ zu Kaiserslautern der 28. Ordentliche Gantag unferes Gaues statt. Die Tagesordnung ist sämtlichen Mitgliedern bereits zugegangen, und laden wir hiernit unsre Mitglieder nochmals freundlichst zum Besuche desselben ein.

Bezirk Aachen. (Gautagsdelegiertenwahl.) Eingegangene 394 Stimmzettel, davon einer ungültig. Es erhielten Stimmen: Wilms (Aachen) 387, Hagen (Aachen) 286, Wense (Aachen) 232, Raden (Zülich) 225, Gilke (Aachen) 201, Kiefer 191, Mertens 143, Bollmann 130, Zappert 110, Leye 107, Gollif 98, Meyers 72, Groven 61, Wartkes 52, Kerpplitter 48. Die ersten fünf sind somit gewählt. Bei der zwischen Kollegen Kiefer und Mertens erfolgten Stichwahl fielen von 397 abgegebenen Stimmen auf erstem 219, auf letztem 174, 4 ungültig. Kiefer ist hiernach ebenfalls gewählt.

Bezirk Bielefeld. (Gautagsdelegiertenwahl.) In der Stichwahl erhielten Stimmen die Kollegen Bodermann (Herford) 302, J. Rothje (Bielefeld) 247, W. Genz (Bielefeld) 202. Die beiden ersten sind gewählt, W. Genz Ersatzmann.

Bezirk Elberfeld. (Gautagsdelegiertenwahl.) Es erhielten Stimmen: H. Marschall 328, Karp 270, Böffert 237, Peus 288, Jbanes 280 (alle in Elberfeld), Meyer 278 und Paphot 228 (Solingen), Grüninghaus 210, Müller 213, Lange 183, Bödefeld 129, Kälin 113. Als Stellvertreter gilt Kollege Müller (Solingen).

Bezirk Köln a. Rh. Gewählt zum Gautage sind folgende Kollegen: Joseph Bertram, Georg Borigard, Agidius Derikarh, Peter Felber, Franz Geller, E. Heinrich, Wilh. Kiefer, Ferd. Linden, Peter Moiss, Friz Müller, Wilhelm Römer, August Strowitzki (sämtlich in Köln), Rotfenbücher (Mülheim a. Rh.).

Bezirk Neustadt a. S. Als Delegierte zum mittelherrheinischen Gautage wurden gewählt: Georg Kaufschbach und Albin Meidbroth.

Mtenburg. (Gautag.) Die Herren Delegierten werden freundlichst ersucht, Mitteilung über die Zeit ihrer Ankunft an E. Sturm, Adelheidsstraße 14, II, gelangen zu lassen.

Baden-Baden. Für den zu Ostern in Karlsruhe abzuhaltenden oberherrheinischen Gautag wurden die Kollegen Otto Rühl und Karl Kratt als Delegierte gewählt.

Kassel. Der Seher Karl Lieberow aus „Dobbrünge“ (Gautagnummer 46092, Nordwest 1011), wird aufgefordert, die aus der hiesigen Bibliothek entlehnten zwei Bücher umgehend an den Vorsitzenden R. Engelbach, Wilhemannsgasse 44, II, einzufenden.

Adressenveränderungen.

Wolfsb. Vorsitzender: Richard Ringel, Schütters Promenade 4; Kassierer: Ernst Hipper, Jenaer Str. 29.

Hde. Vorsitzender: Reinhold Festge, Feldmark 160; Kassierer: Heinrich Gödde, Ahmenhorst 44.

Rosenheim. Vorsitzender: Hans Linner, Frühlingstraße 10, Bergrau Reitmair.

Süderbravau (Schleswig). Vorsitzender: P. C. Dummann; Kassierer: Joh. Rave.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Eingebunden sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Brunsbüttel i. M. der Schweizerdegen Wolf Haas, geb. in Oberlin (S.-M.) 1889, ausgel. in Sonneberg 1907; war noch nicht Mitglied. — L. Dahnke in Schwerin i. M., Mühlstraße 32.

In D.-Meiderich der Drucker Wilh. Schardt, geb. in Scheldorf 1890, ausgel. in D.-Meiderich 1908; war noch nicht Mitglied. — V. Hülbrind in Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Straße 76.

In Euskirchen die Seher I. Gustav Haus, geb. in Euskirchen 1890, ausgel. das. 1908; 2. Peter Schoppmeyer, geb. in Roßheim 1890, ausgel. in Euskirchen 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Siegen i. W. der Drucker Otto Faust, geb. in Vernburg 1889, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Th. Valbus in Bonn W, Burggartenstraße 14.

In Hamburg der Seher Johannes Wühl, geb. in Gunzried 1872, ausgel. in Günzburg 1889; war schon Mitglied. — W. Dreier, Wesenbinderhof 57, I.

In Kassel 1. der Schweizerdegen M. Zahnweber, geb. in Meschede a. d. R. 1884, ausgel. in Heißsch-Bichtenau 1902; 2. der Drucker Wilh. Ohel, geb. in Kassel 1887, ausgel. das. 1905; waren schon Mitglieder. — In Schwwege der Seher Karl Dorgorloh, geb. in Schwwege 1889, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — R. Engelbach in Kassel, Wilhemannsgasse 44, II.

In Offenbach a. M. 1. der Drucker Valstin Breitenbach, geb. 1889, ausgel. 1908; die Seher 2. G. Ruch, geb. in Frankfurt a. M. 1890, ausgel. 1908; 3. Emil Arnold, geb. in Frankfurt a. M. 1890, ausgel. 1908; 4. der Stempelschneider Ferdinand Muntermann, geb. 1883, ausgel. 1908; waren noch nicht Mitglieder; 5. der Seher Friedr. Lugenthaaler, geb. in Senftenham 1866, ausgel. 1884; war schon Mitglied. — J. Hipper in Offenbach a. M., Kaufstraße 64.

